

POLITIK & GESELLSCHAFT

Status der Demokratie

Statista Overview-Report zu den Herausforderungen und Gefahren
für die Demokratie weltweit



Inhaltsverzeichnis

01 Staatsformen im Überblick

Demokratien und Autokratien	6
Status von Demokratie und Freiheit weltweit	10

02 Soziale Gerechtigkeit und Rechtspopulismus

Wirtschaftliche Ungleichheit	17
Bildungs(un)gerechtigkeit	19
Aufstieg des Rechtspopulismus	21

03 Meinungs- und Pressefreiheit

Gesellschaftliche Freiheit	27
Freiheit der Presse	29
Soziale Medien	32

04 Ausblick

Was führt zu einer Schwächung von Demokratie?	38
Wie kann Demokratie gestärkt werden?	40

Ist die Demokratie ein politisches Auslaufmodell?

Zusammenfassung

Nach mehreren Wellen der Demokratisierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts scheint sich die Welt in den letzten Jahrzehnten erneut zu wandeln: Zahlreichen Staaten entwickelten sich von einer Demokratie hin zu einem autoritären oder totalitären System. Prominente Beispiele sind die Türkei, Russland oder Indien. Und auch in scheinbar gut funktionierenden Demokratien werden die Zweifel am demokratischen Sinn oder den liberalen Werten geschürt. Ist die Demokratie ein politisches Auslaufmodell? Welche Herausforderungen stehen liberalen Demokratien gegenüber? Und wo lauern Gefahren, die eine Demokratie zu Fall bringen können?

„Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen, ausgenommen aller anderen.“, so beschrieb der englische Premier Winston Churchill die demokratische Regierungsform. In der Tat birgt die Demokratie Vor- und Nachteile. Dennoch besteht kein Zweifel daran, dass eine offene und pluralistische Gesellschaft sich am besten in einer Demokratie entfalten kann. Demokratische Systeme können sich im Detail durchaus unterscheiden, basieren jedoch auf gleichen Prinzipien: Souveränität durch das Volk, Gewaltenteilung und das Prinzip des Rechtsstaates, Konstitutionalismus sowie die Achtung von Grundrechten. Diese Prinzipien dürfen zudem nicht nur „auf dem Papier“ existieren, sondern sollten in Politik, Gesellschaft und Justiz gelebt werden.

Anzahl der geschlossenen Autokratien steigt: Nach Angaben des V-Dem Instituts existierten im Jahr 2022 insgesamt 90 Demokratien. Die Anzahl der Staaten mit einer geschlossenen Autokratie stieg in den vergangenen zehn Jahren um elf Staaten an. Mittlerweile leben zwei Drittel der Weltbevölkerung in autokratisch regierten Ländern.

Soziale Ungleichheit beflügelt Populismus: In einer Gesellschaft existieren verschiedene Konfliktlinien mit unterschiedlich hohem Konfliktpotenzial. Das ansteigende soziale Gefälle ist dabei eines der größten gesellschaftlichen Probleme der Welt und führt in vielen Staaten zu Frustration. Vermehrt konnten rechtspopulistische Parteien davon profitieren, mit möglichen negativen Konsequenzen für die liberale Demokratie.

Wandel der Meinungsbildung durch Soziale Medien: Gesellschaftliche Freiheit ist eng mit dem Begriff der Meinungsfreiheit verbunden. Durch digitale Medien veränderte sich jedoch die Art und Weise der Kommunikation und führt zu einer Polarisierung des politischen Diskurses.

Der vorliegende Report beleuchtet den globalen Zustand der Demokratie. Dabei werden relevante Faktoren der Demokratie anhand von Indexwerten und Umfragen gezeigt und die Herausforderungen und Gefahren für demokratische Systeme erörtert.

01

Staatsformen im Überblick

- Demokratien und Autokratien
- Status der Demokratie und Freiheit weltweit



Was ist Demokratie und wie misst man sie?

Demokratie (griech.: Herrschaft des Volkes) ist laut der Bundeszentrale für politische Bildung ein Sammelbegriff für moderne Lebensformen und politische Ordnung. Demokratie schützt beispielsweise individuelle Freiheiten und garantiert Gleichheit vor dem Gesetz sowie den Schutz von Minderheiten. Viele Freiheiten, wie Meinungs- oder Versammlungsfreiheit fallen hierunter.

Als politische Ordnung haben alle Demokratien gemeinsam, dass das Volk die höchste Souveränität hat. Gesellschaftliche Institutionen wie Parteien, Parlamente oder Verbände ermöglichen der Bevölkerung durch geregelte Verfahren, wie zum Beispiel Wahlen, politische und gesellschaftliche Teilhabe. Dabei wird prinzipiell zwischen Repräsentativer Demokratie und Direkter Demokratie unterschieden.

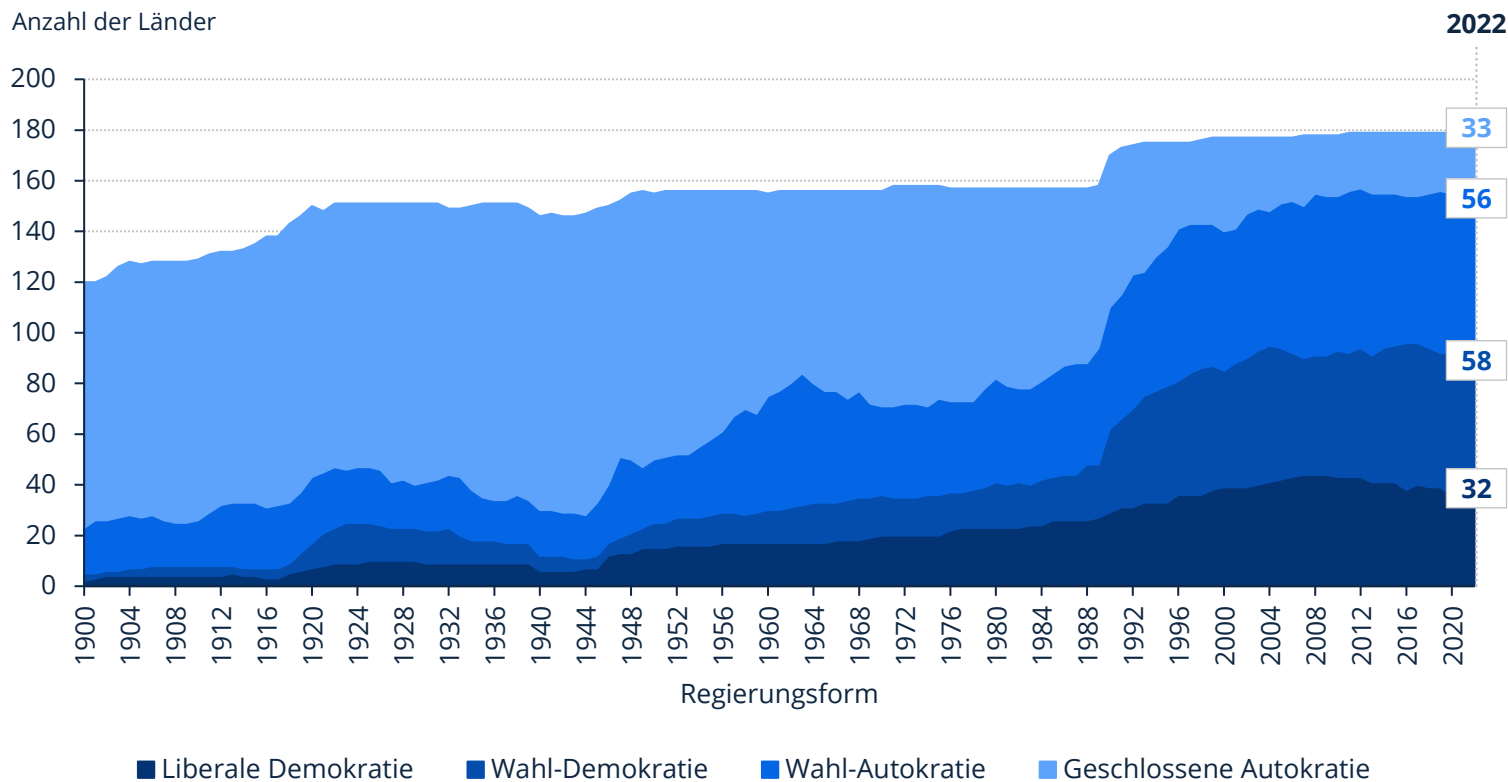
Politische Macht ist durch das Rechtsstaatprinzip beschränkt. Dem zugrunde liegen Verfassungen sowie Grund- und Menschenrechte, die im Staat rechtlich geltend gemacht werden können. Politische Macht wird durch ein System horizontaler Gewaltenteilung (Legislative, Exekutive, Judikative) ausgeübt. In Föderalstaaten gilt zudem die sogenannte vertikale Gewaltenteilung. Freie Medien gelten als „vierte Gewalt“.

Diese und andere Indikatoren helfen Wissenschaftler:innen Demokratien und andere Regierungsformen zu kategorisieren. Das V-Dem (Varieties of Democracy) Institut an der Universität Göteborg teilt die Staaten in vier Regierungstypen ein:

- **Liberaler Demokratie:** In einer liberalen Demokratie gibt es freie und faire Wahlen in einem funktionierenden Mehrparteiensystem mit Gewaltenteilung. Es herrscht Gleichheit vor Recht und Gesetz. Liberale Grundprinzipien, wie der Schutz persönlicher Freiheit, Minderheitenrechte und die gesetzliche Beschränkung politischer Macht sind gesichert.
- **Wahl-Demokratie:** In einer Wahl-Demokratie gibt es freie und faire Wahlen mit mehreren Parteien. Bürger:innen haben das Recht das Regierungsoberhaupt und die Legislative zu wählen. Gewaltenteilung und liberale Prinzipien sind jedoch im Vergleich zur liberalen Demokratie eingeschränkt.
- **Wahl-Autokratie:** In einer Wahl-Autokratie finden Wahlen der Exekutive und Legislative mit mehreren Parteien statt. Bürger:innen werden nicht alle Freiheiten und Rechte, wie zum Beispiel Versammlungsfreiheit oder Meinungsfreiheit, gewährt. Dadurch sind Wahlen nicht frei und fair.
- **Geschlossene Autokratie:** In einer geschlossenen Autokratie haben Bürger:innen kein Recht das Regierungsoberhaupt oder die Legislative durch Mehrparteienwahlen zu wählen.

Die Anzahl der Demokratien sinkt in den letzten Jahren

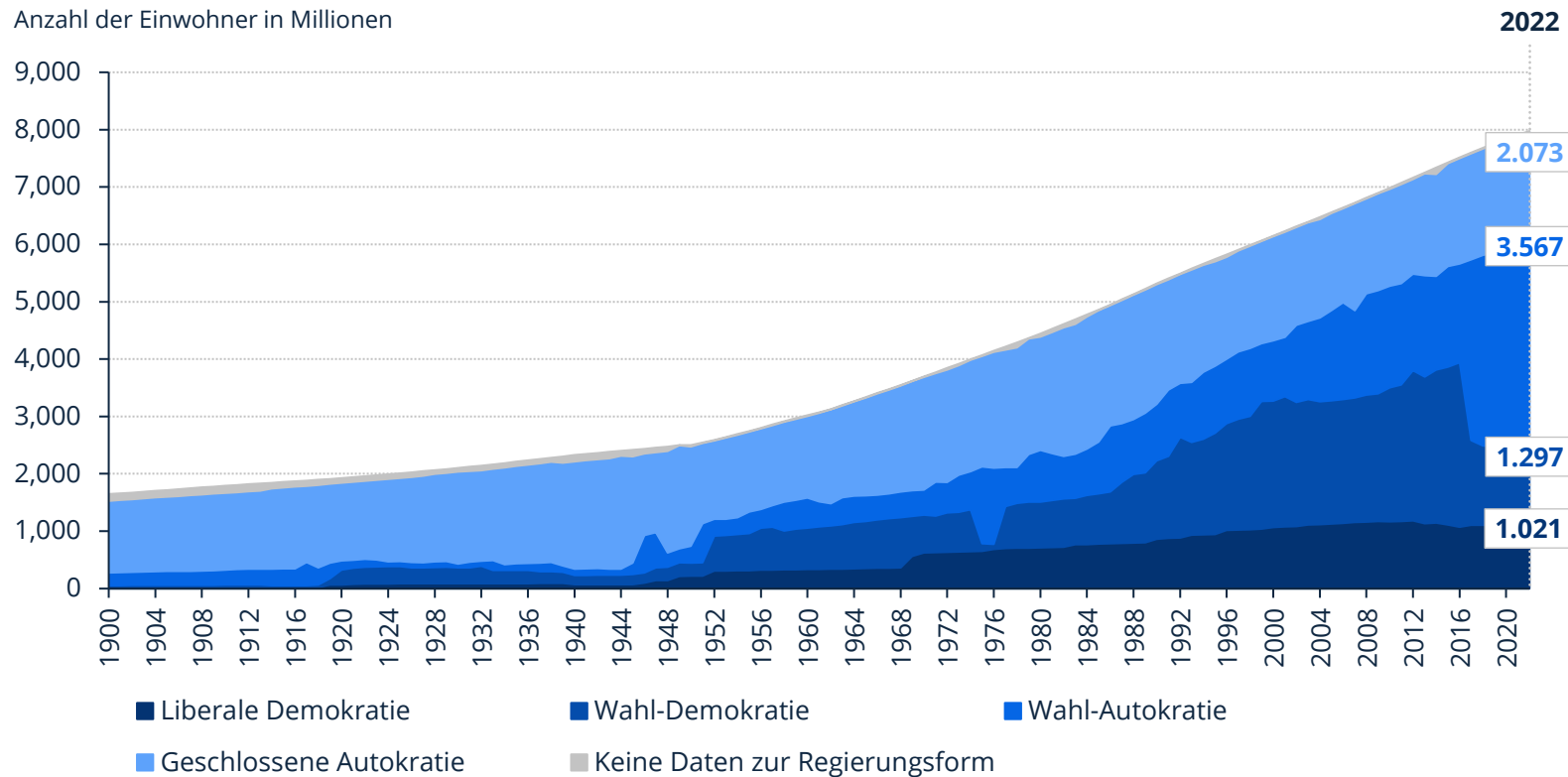
Anzahl der Länder weltweit nach Regierungsform von 1900 bis 2022



Demokratie galt lange Zeit als ein Erfolgskonzept. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde in vielen westlichen Staaten das allgemeine Wahlrecht für Männer eingeführt. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs stieg die Anzahl der Demokratien auch durch Dekolonialisierung. In den 1970er, 80er und 90er Jahren begann eine Welle der Demokratisierung in Lateinamerika. Portugal und Spanien wurden in dieser Zeit demokratisch, ebenso asiatische Länder wie die Philippinen, Südkorea und Taiwan. Auch in Subsahara-Afrika wurden mehr Länder demokratisch und nach dem Ende der Sowjetunion auch große Teile von Osteuropa. Seit den frühen 2000er Jahren ist allerdings besonders die Zahl der liberalen Demokratien rückläufig.

Weniger als ein Drittel der Weltbevölkerung lebt in einer Demokratie

Anzahl der Menschen in Demokratien und Autokratien weltweit bis 2022

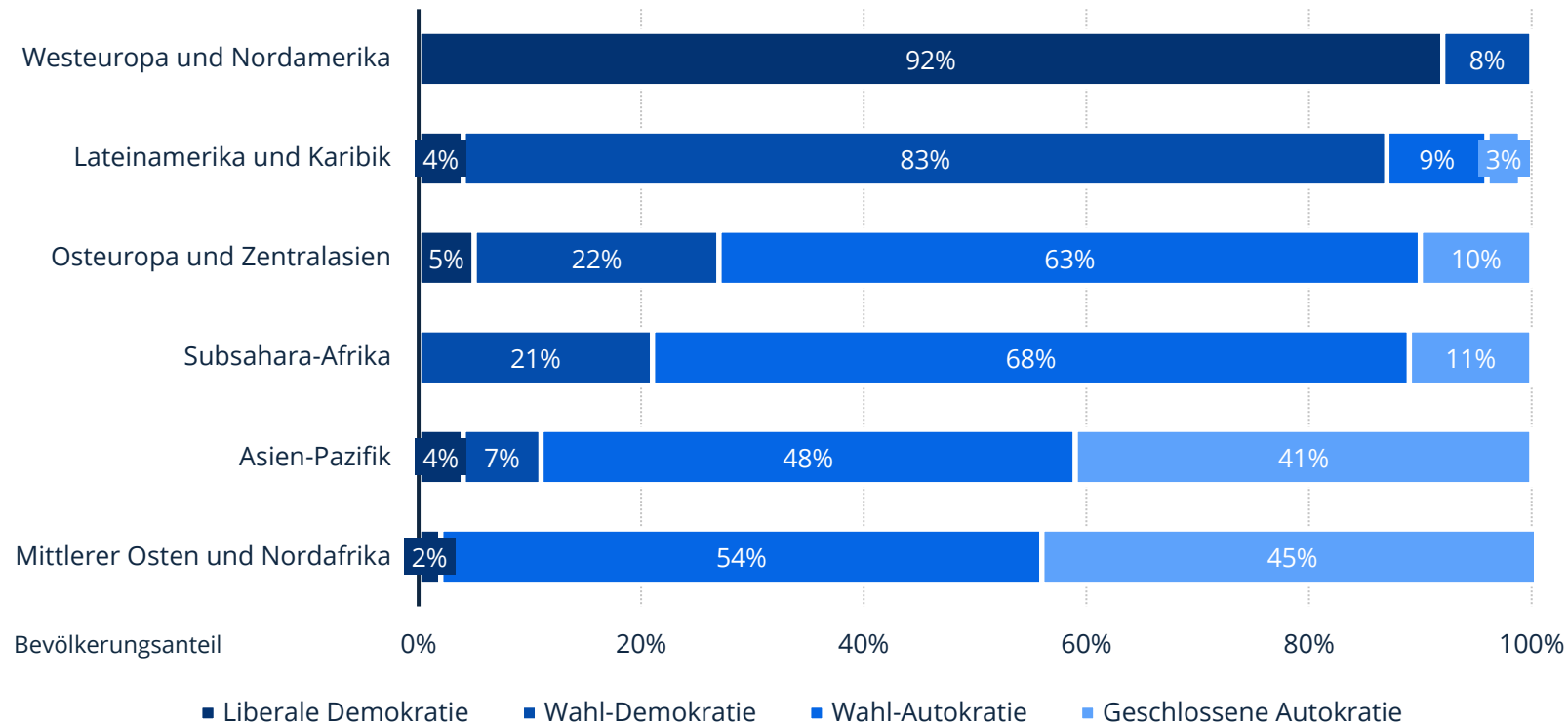


Im Jahr 2022 haben weniger als 30 Prozent der Menschen weltweit in Demokratien gelebt. Besonders der Anteil der Wahl-Demokratien und Wahl-Autokratien hat zugenommen. Wahl-Autokratien treten häufig auf, wenn sich Länder langsam autokratisieren und kontinuierlich Meinungsfreiheit, Bürgerrechte oder eine freie Medienlandschaft einschränken.

Im Jahr 2017 wurde Indien auf eine Wahl-Autokratie herabgestuft, wodurch sich die Anzahl der Menschen, die unter dieser Regierungsform leben, drastisch erhöht hat. Insgesamt leben im Jahr 2022 etwa 5,6 Milliarden Menschen in einer autokratisch regierten Nation. Davon lebt mit etwa 3,6 Milliarden der größte Anteil in Wahl-Autokratien.

In vier von sechs Weltregionen lebt die Mehrheit in Autokratien

Regionale Bevölkerungsanteile nach Regierungsform weltweit 2022

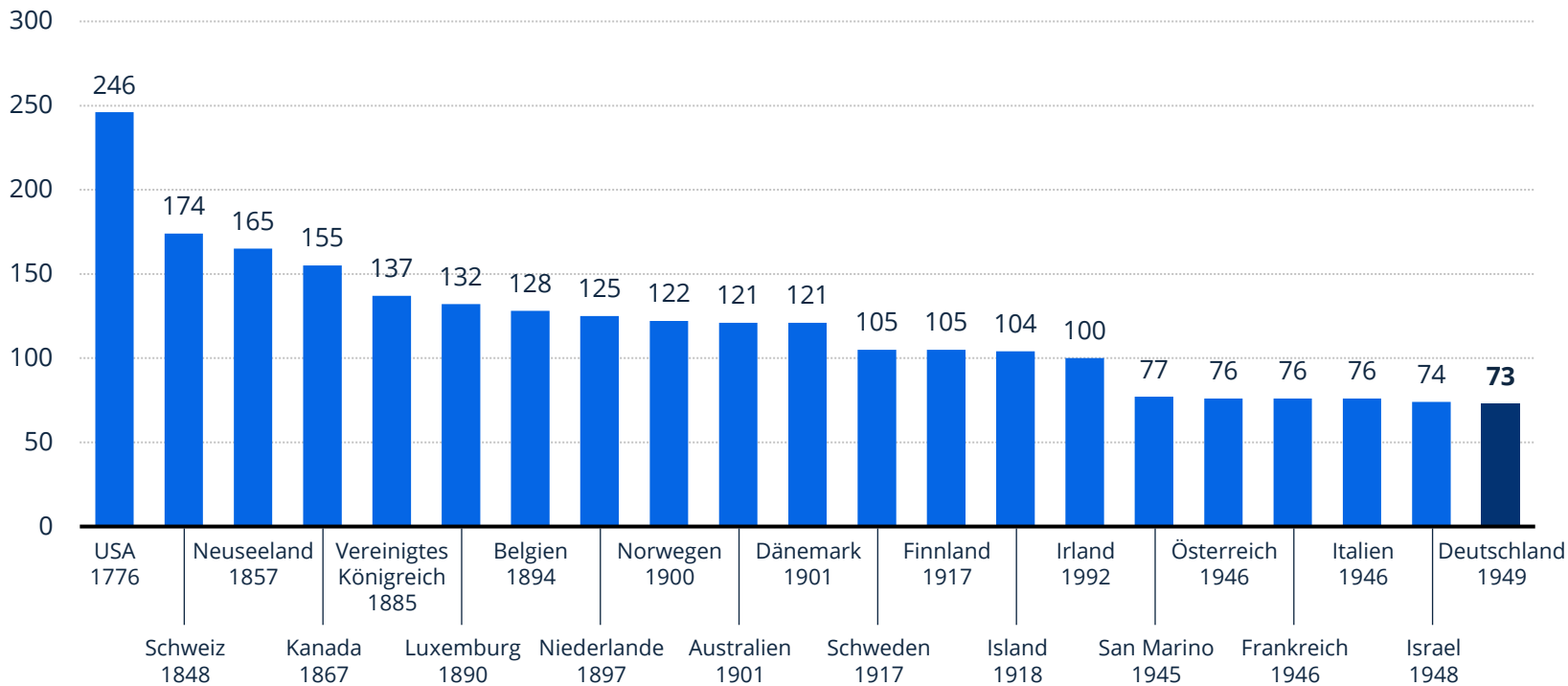


Bei einem Blick auf die Verteilung der Regierungsformen nach Weltregionen wird deutlich, dass die liberale Demokratie vor allem in Europa und Nordamerika verbreitet ist. Auf den restlichen Kontinenten gibt es vereinzelte Beispiele von liberalen Demokratien, wie Israel, Japan oder Südkorea. In Lateinamerika leben etwa 87 Prozent der Menschen in einem demokratischen Land. Osteuropa, Asien und Afrika dagegen sind von autokratischen Ländern gezeichnet. In der MENA-Region leben (mit Ausnahme von Israel) alle Menschen unter einer autokratischen Regierung. Die Region Subsahara-Afrika ist die einzige Weltregion, in der es keine einzige liberale Demokratie gibt.

Die USA sind die am längsten bestehende Demokratie

Älteste durchgehend demokratische Staaten weltweit 2022

Anzahl der Jahre mit einer demokratischen Staatsform

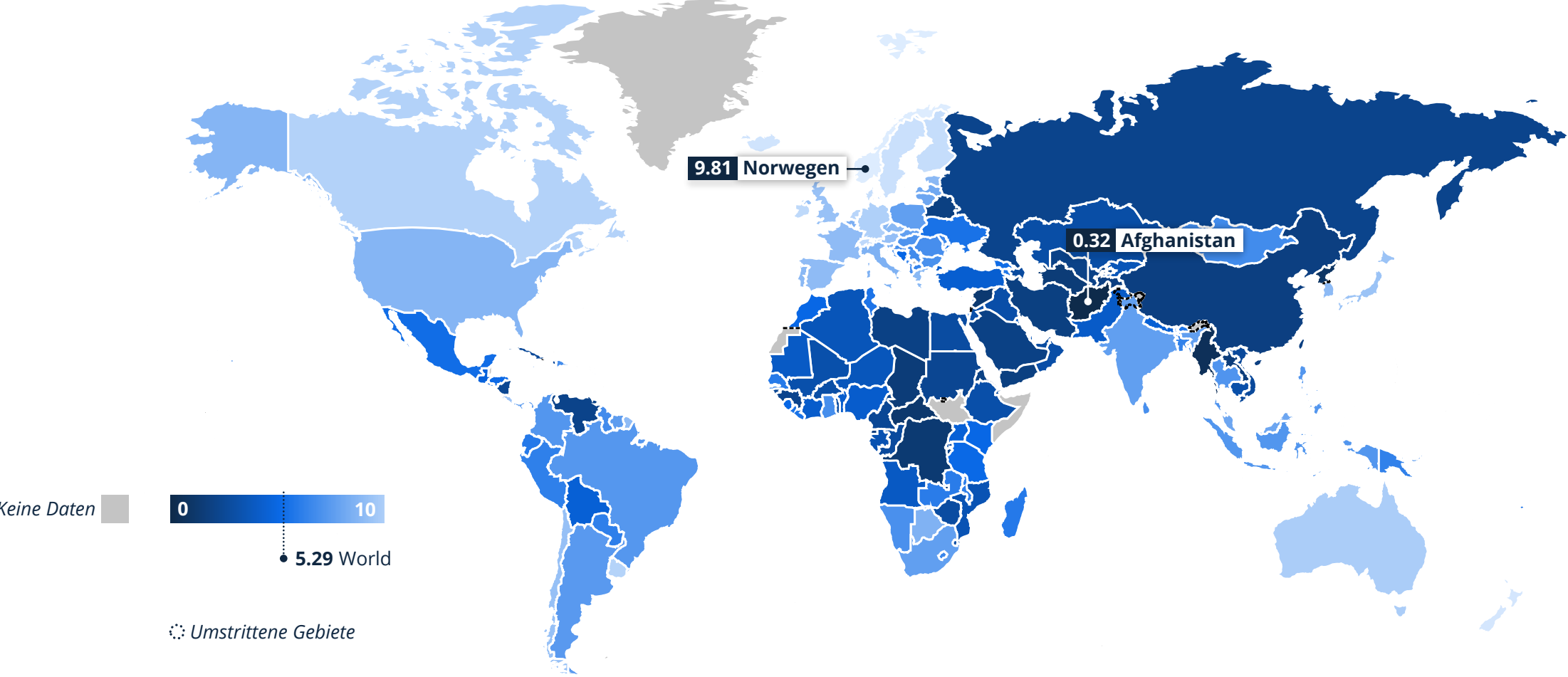


Für die Klassifikation eines Landes als Demokratie können drei Faktoren herangezogen: die direkte oder indirekte Wahl der Exekutive und ihrer Verantwortung gegenüber dem Volk; der freien und gleichen Wahl der Legislative; und dass eine Mehrheit der erwachsenen Männer oder Menschen wählen darf.

Die USA sind zwar die am längsten bestehende Demokratie, bis 1919 durften allerdings nur Männer wählen. In der Schweiz durften Frauen erst ab 1971 wählen. Die Schweiz war damit das drittletzte Land Europas, in einzelnen Kantonen wurde das Frauenwahlrecht sogar noch später eingeführt. Neuseeland führte im Jahr 1893 als erstes Land das Frauenwahlrecht ein. Zu diesem Zeitpunkt war Neuseeland noch britische Kolonie, allerdings selbst regierend.

Demokratiequalität weltweit

Bewertung der Länder weltweit nach dem Demokratieindex 2022



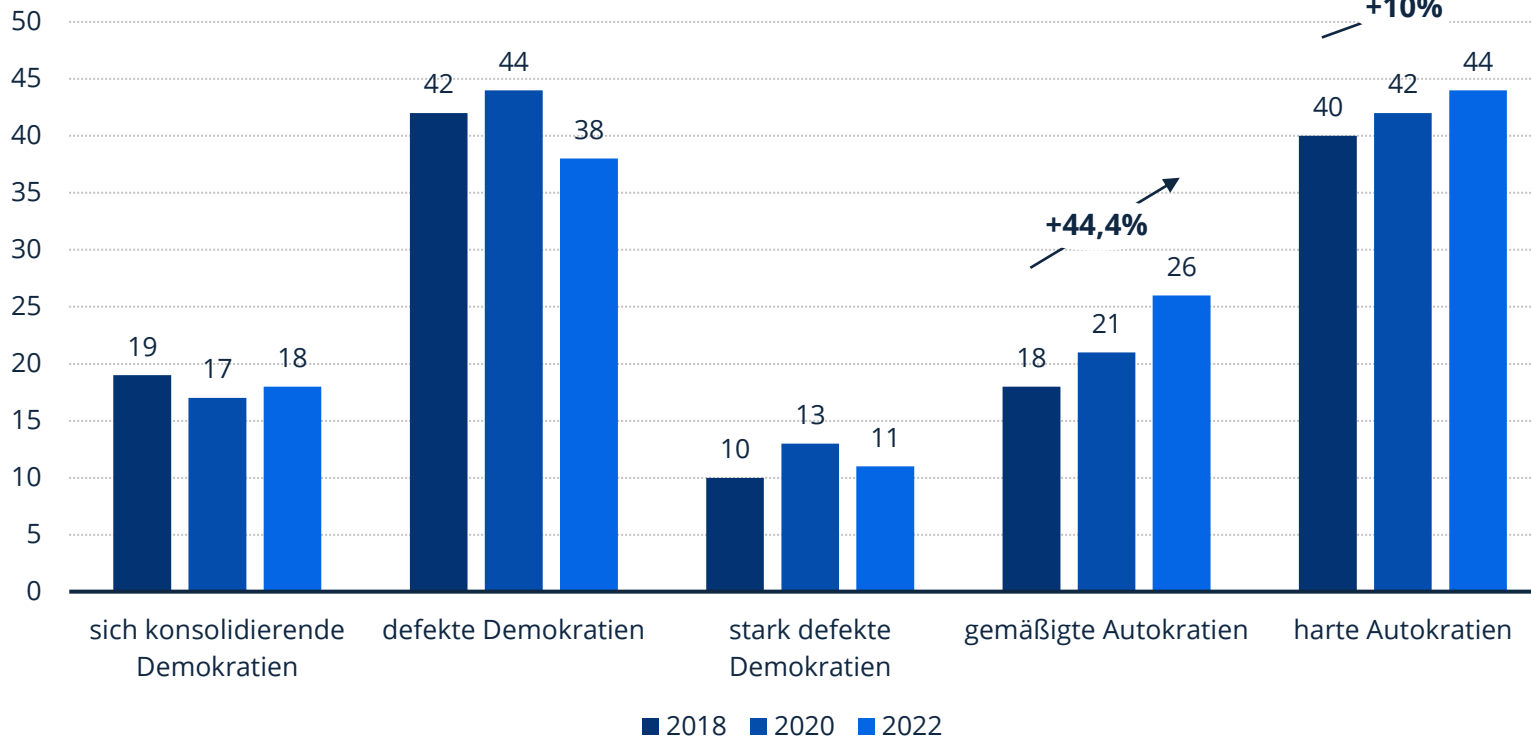
10 Hinweis: Map created with flourish.studio

Quellen: Economist Intelligence Unit

Im BTI 2022 bilden Autokratien erstmals die Mehrheit der Staaten

Bertelsmann Transformationsindex: Anzahl der Entwicklungs- und Transformationsländer nach politischer Systemkategorie 2022

Anzahl der Länder nach BTI-Systemkategorie

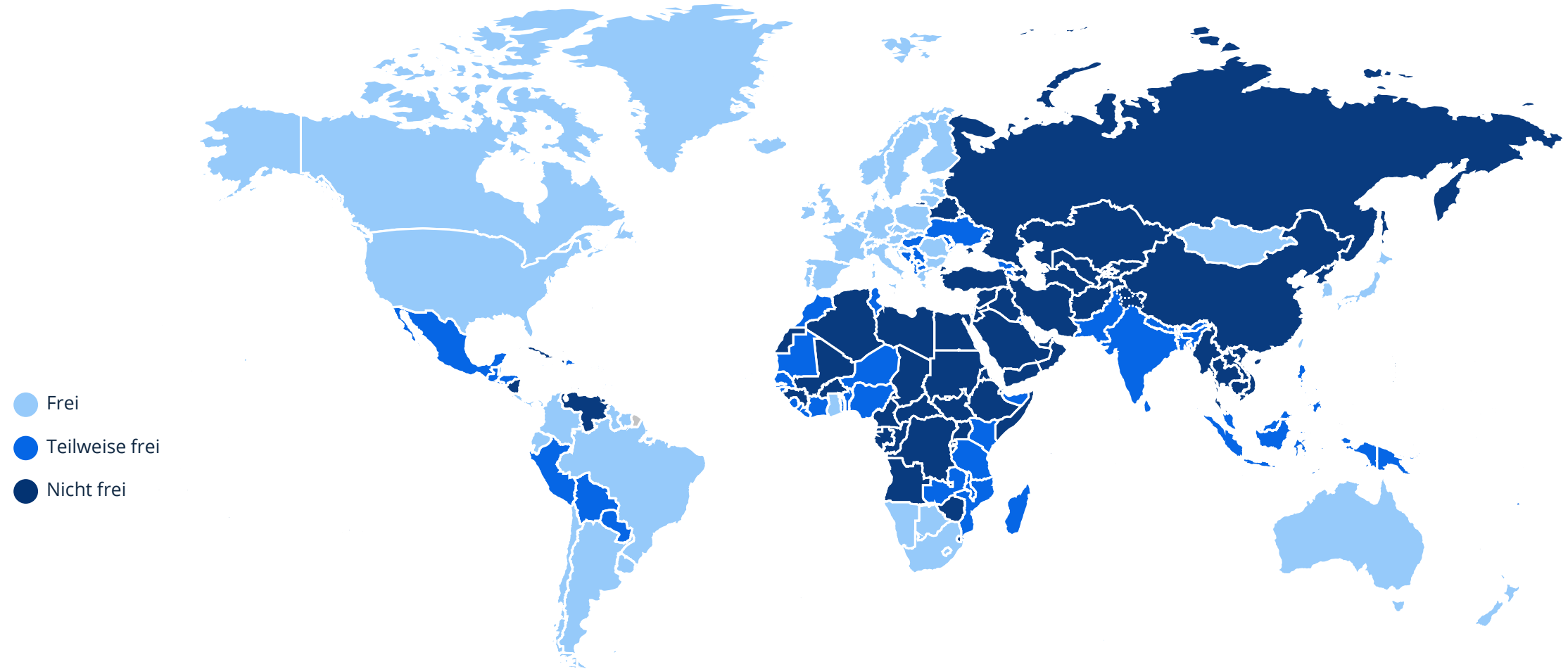


Der Bertelsmann Transformationsindex untersucht die Entwicklung von Demokratie, Marktwirtschaft und Governance in Entwicklungs- und Schwellenländern weltweit. Laut dem BTI hat sich die Anzahl der Autokratien seit 2018 so stark erhöht wie seit 20 Jahren nicht mehr. Zum ersten Mal seit Entstehung der Studie sind mehr Autokratien als Demokratien unter den untersuchten Ländern.

Unter anderem hat die Corona-Pandemie in vielen Ländern zu einer Einschränkung von Bürgerrechten geführt und negative Transformationsprozesse verstärkt. Auch demokratisch gewählte Staatsoberhäupter, die autoritäre Tendenzen zeigten, schränken Gewaltenteilung und Rechte ein. Länder wie Indien, Brasilien, Ungarn oder Polen verzeichneten in den vergangenen Jahren deutliche Verluste im Demokratieindex.

So steht es um Freiheit weltweit

Bewertung der Länder weltweit nach dem Freedom House Freiheitsindex 2023

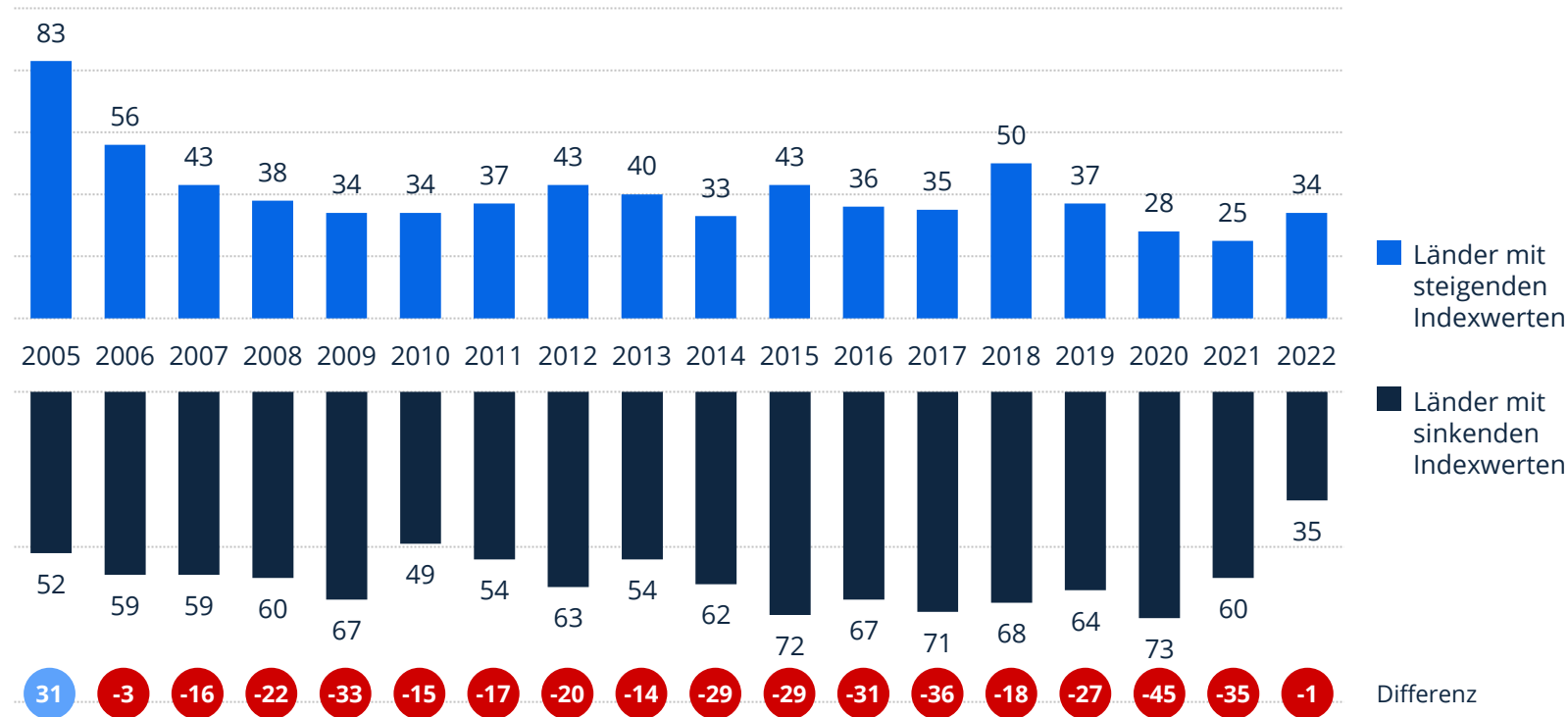


- Frei
- Teilweise frei
- Nicht frei

Seit 2005 sind bürgerliche und politische Freiheiten rückläufig

Anzahl der Länder mit sinkenden und steigenden Werten im Freiheitsindex bis 2023

Anzahl der Länder

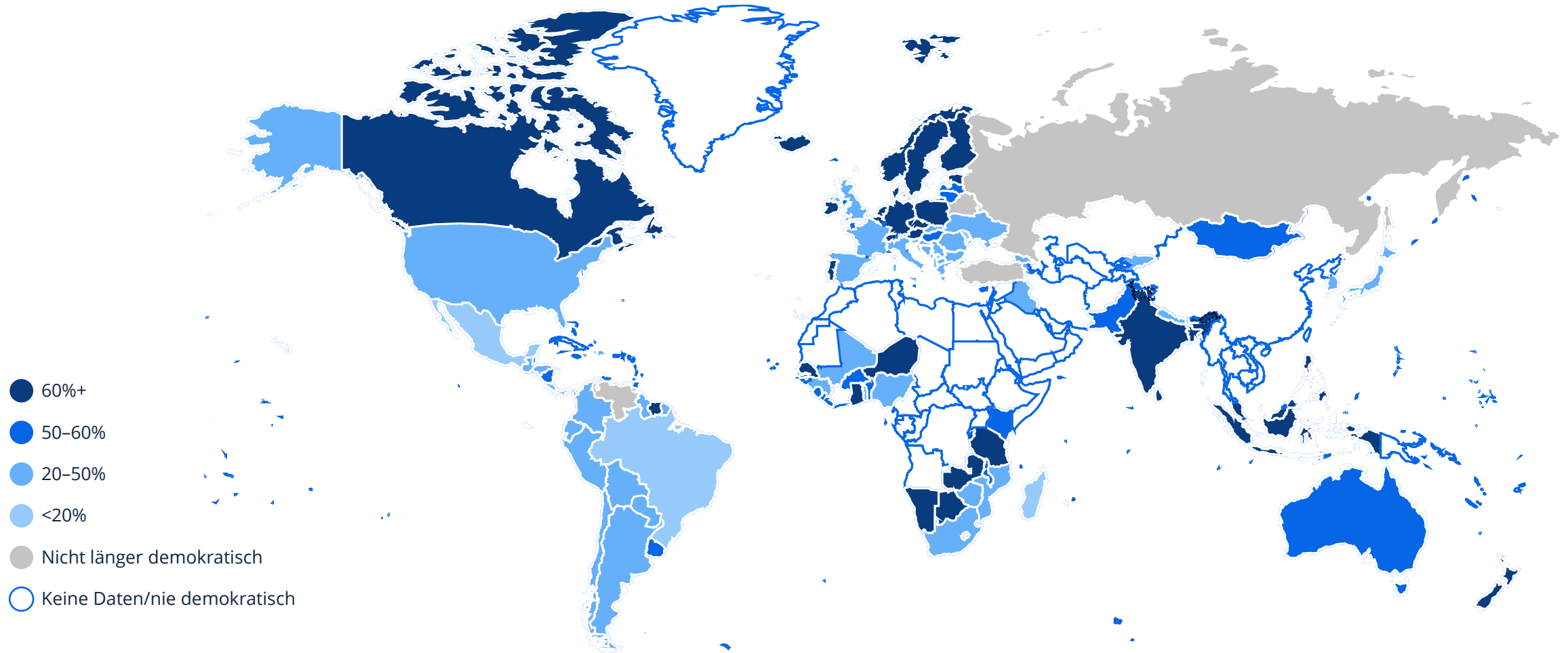


Im Jahr 2022 ist die Demokratielücke so niedrig, wie seit 2005 nicht mehr. Die Anzahl der Länder mit sinkendem Freiheitsindex liegt seit 2006 über der Anzahl der Länder mit steigenden Werten. Lediglich in 35 Ländern hat es sinkende Indexwerte im Freedom in the World Freiheitsindex gegeben. Das ist der niedrigste Stand seit 2005.

Sinkende Werte wurden 2022 durch direkte Angriffe auf demokratische Institutionen und Länder getrieben. Der russische Angriff auf die Ukraine gefährdet nicht nur die Demokratie im Land selbst. Burkina Faso hat nach einem erfolgreichen Militärcoup einen massiven Demokratieverlust erlitten. Auch nicht erfolgreiche Coups, wie in Peru Ende 2022 haben sich negativ auf demokratische Institutionen im Land ausgewirkt.

Globale (Un)Zufriedenheit mit Demokratie

Zufriedenheit mit Demokratie weltweit



02

Soziale Gerechtigkeit und Rechtspopulismus

- Wirtschaftliche Ungleichheit
- Bildungs(un)gerechtigkeit
- Aufstieg des Rechtspopulismus



Inwieweit sind Demokratien durch wirtschaftliche Ungleichheit und Rechtspopulismus bedroht?

Inflation, Armut und soziale Ungleichheit sind einer Umfrage von Ipsos in 29 Ländern zufolge die meistgenannten Sorgen der Bevölkerung. Wirtschaftliche Ungleichheit ist eine große Gefahr für die Demokratie und wird von Expert:innen als einer der Gründe für den in vielen Ländern zunehmenden Rechtspopulismus genannt. Viele rechtspopulistisch geführten Regierungen schränken bürgerliche Freiheiten, politische Rechte und die Gewaltenteilung ein. Zuletzt kam es zum Beispiel in Israel zu Massenprotesten gegen die von der rechts-religiösen Regierung geplanten Justizreform, welche den Obersten Gerichtshof schwächen soll.

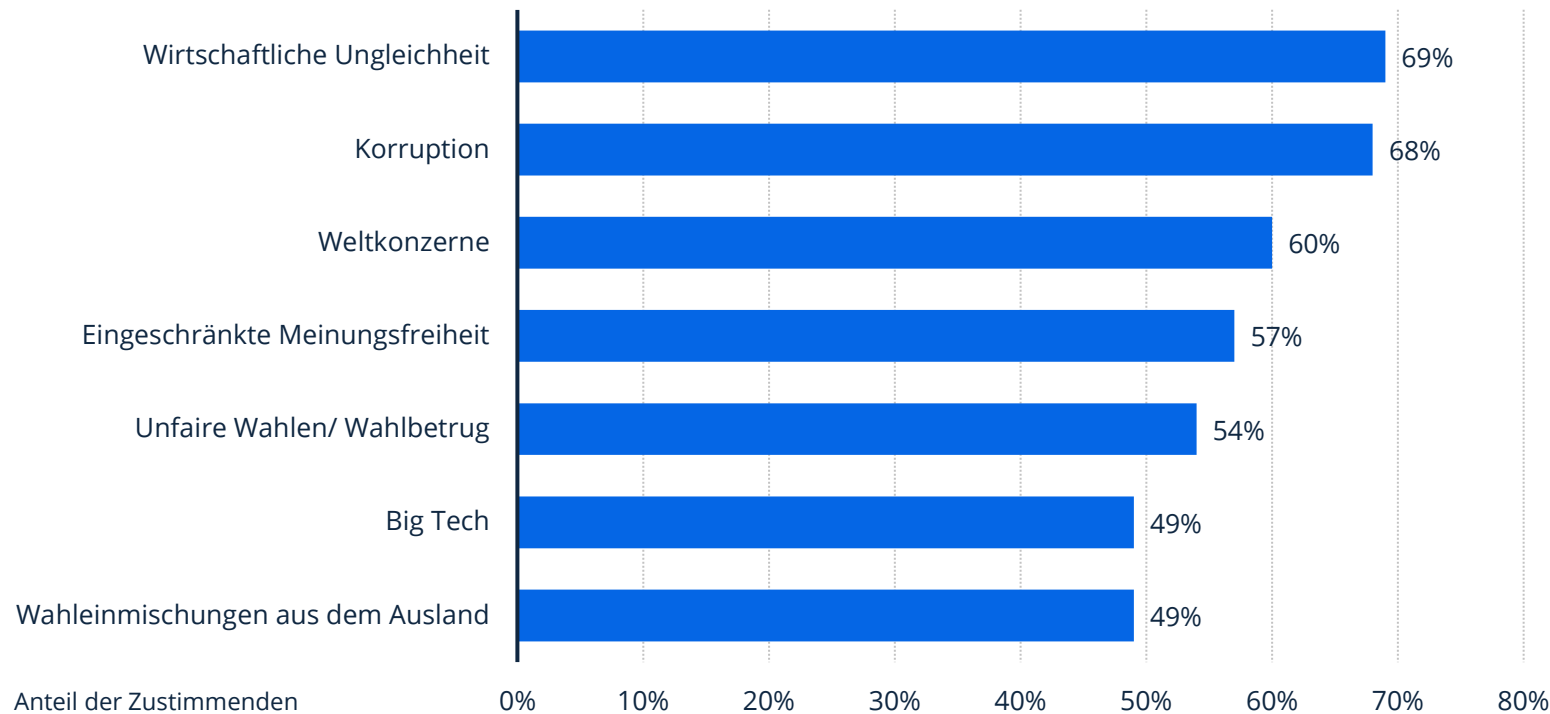
Auch in Deutschland ist aktuell mit der Alternative für Deutschland (AfD) eine rechtsextreme Partei auf Erfolgskurs. Im Verfassungsschutzbericht 2022 steht über die AfD unter anderem: „In Verlautbarungen der Partei und einer Reihe von Funktionsträgern kommen ein ethnisch-kulturell geprägtes Volksverständnis sowie fremden- und minderheitenfeindliche und muslim- und islamfeindliche Positionen zum Ausdruck.“

Im Hinblick auf wirtschaftliche Ungleichheit und Rechtspopulismus als Gefahren für die Demokratie lassen sich folgende Erkenntnisse schließen:

- **Kluft zwischen Arm und Reich wächst:** In Südafrika sind gemäß dem Gini-Index die Einkommen am ungleichsten verteilt. Wirtschaftliche Ungleichheit gehört zu den größten Gefahren für die bestehenden Demokratien der Welt – unter anderem, da sie Menschen von der Gesellschaft ausschließt.
- **Weltweites Vertrauen in Regierungen gesunken:** Nur noch 51 Prozent der Befragten vertrauen laut dem Edelman Trust Barometer 2023 ihrer Regierung. Außerdem wünschen sich einer internationalen Umfrage zufolge rund 60 Prozent der Befragten einen starken Anführer, der ihr Land von den Reichen und Mächtigen zurückerobert.
- **Viele Länder rücken nach rechts:** In Ungarn bekam die regierende Partei Fidesz zuletzt 51 Prozent der Stimmen. Auch in Polen (PiS, 43,6%), Italien (Fdi, 26%) und der Schweiz (SVP, 25,6%) bekamen rechtspopulistische Partei bei den letzten Wahlen die meisten Stimmen. In Deutschland wird die rechtsextreme AfD (2021, 10,3%) vor allem aus Protest gewählt.
- **Große Gefahr durch Rechtsextremismus:** Im Jahr 2022 gab es in Deutschland insgesamt 58.900 politisch motivierte Straftaten – der größte Anteil davon war rechts orientiert.

Wirtschaftliche Ungleichheit gefährdet die Demokratie

Stimmen Sie zu, dass die Demokratie in Ihrem Land durch folgende Dinge gefährdet ist?



Die Demokratie ist in Gefahr – dieser Meinung sind die meisten Befragten aus 53 demokratischen Ländern gemäß dem Democracy Perception Index 2023. Als größte Gefahr betrachten sie wirtschaftliche Ungleichheit, gefolgt von Korruption und Weltkonzernen.

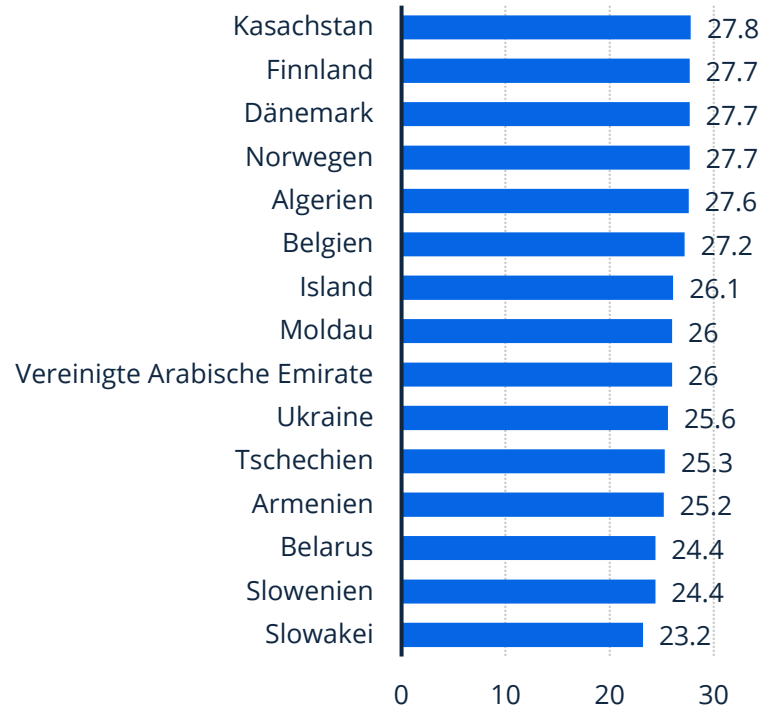
Der Meinung, dass wirtschaftliche Ungleichheit die größte Gefahr für die Demokratie ist, sind auch zahlreiche Forschende: Zum einen würden sich viele Menschen dadurch von der Gesellschaft ausgeschlossen fühlen und sich nicht mehr an demokratischen Prozessen beteiligen. Zum anderen nutzen rechtspopulistische Kräfte den Frust der Unzufriedenen für ihre Zwecke aus und schaffen Wut gegen Minderheiten.

So (un)gleich sind die Einkommen verteilt...

Gini-Index: Länder mit der größten Gleichheit/ Ungleichheit bei der Einkommensverteilung von 2010 bis 2021

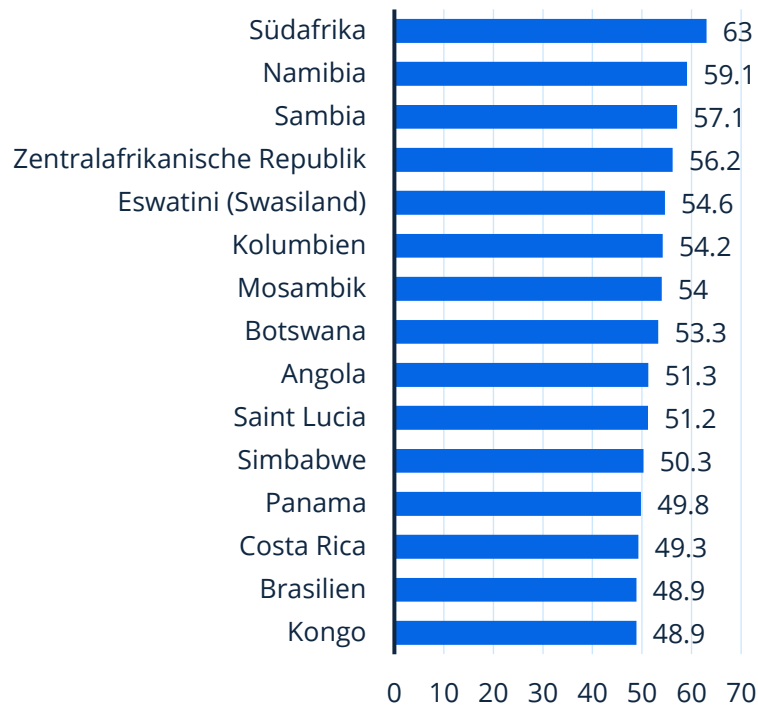
Länder mit der größten Gleichheit

Gini-Index



Länder mit der größten Ungleichheit

Gini-Index



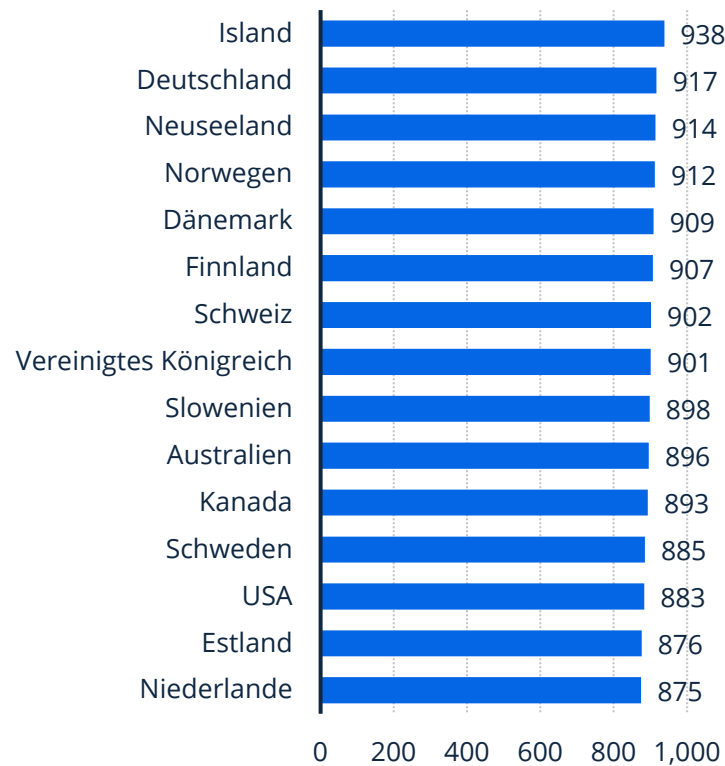
Seit den 1980er-Jahren hat die wirtschaftliche Ungleichheit weltweit tendenziell zugenommen. Gemäß dem Gini-Index war das Einkommen 2021 in der Slowakei am gleichmäßigsten verteilt, in Südafrika am ungleichsten.

Diverse Wissenschaftler:innen sind der Meinung, dass es in Demokratien nicht grundsätzlich eine kleinere Einkommensungleichheit gibt als in Autokratien. So gilt zum Beispiel Belarus als Autokratie und hat trotzdem einen der niedrigsten Werte im Gini-Index, während die „funktionierende Demokratie“ Costa Rica einen relativ hohen Indexwert aufweist.

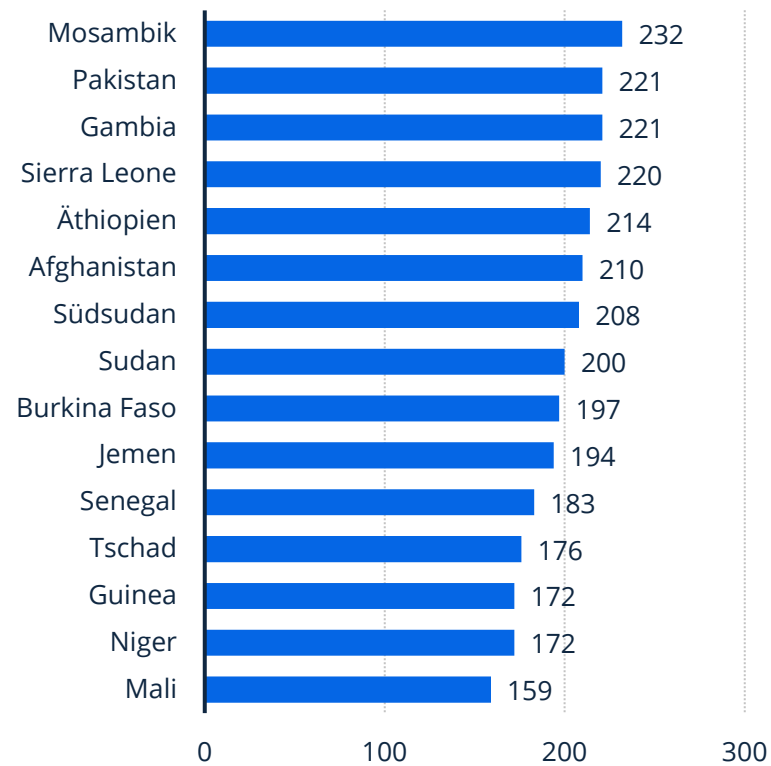
...und so (un)gerecht sind die weltweiten Bildungssysteme

Bildungsindex: Länder mit dem höchsten/niedrigsten Bildungsindex 2021 (in Promille)

Länder mit dem höchsten Bildungsindex



Länder mit dem niedrigsten Bildungsindex

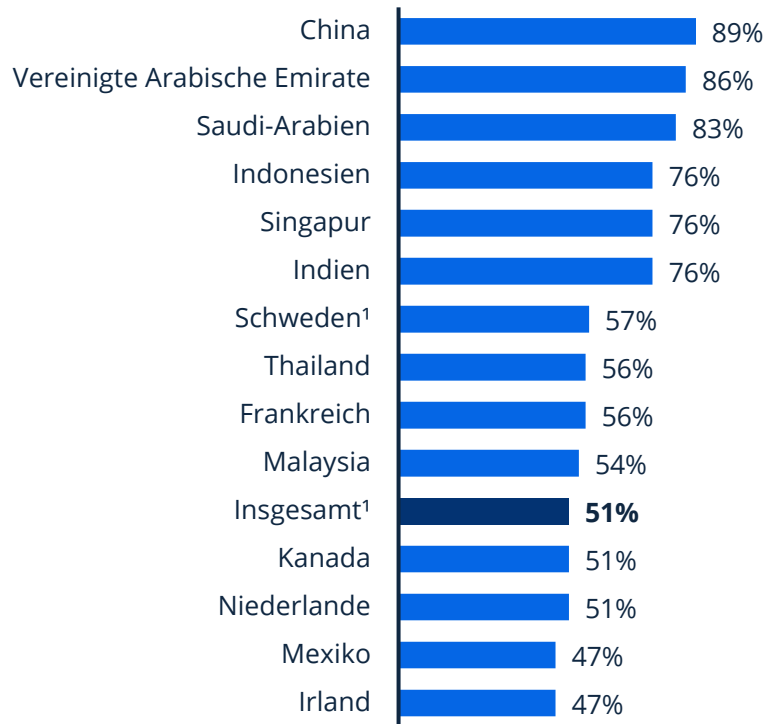


Der Ungleichheit einbeziehende Bildungsindex ist in Island am höchsten und in Mali am niedrigsten – je höher der Wert, desto geringer die Ungleichheit. Der Bildungsstand hat einen hohen Einfluss auf die berufliche Entwicklung. Außerdem beeinflusst der Bildungsstand auch das Wahlverhalten: So wählen Menschen mit hoher Bildung tendenziell seltener rechtspopulistische Parteien. Deshalb ist es für Demokratien essenziell, dass ihr Bildungssystem von hoher Qualität ist und es eine Chancengleichheit gibt. Expert:innen betonen auch, wie wichtig es ist, dass demokratische Werte in Schulen vermittelt werden.

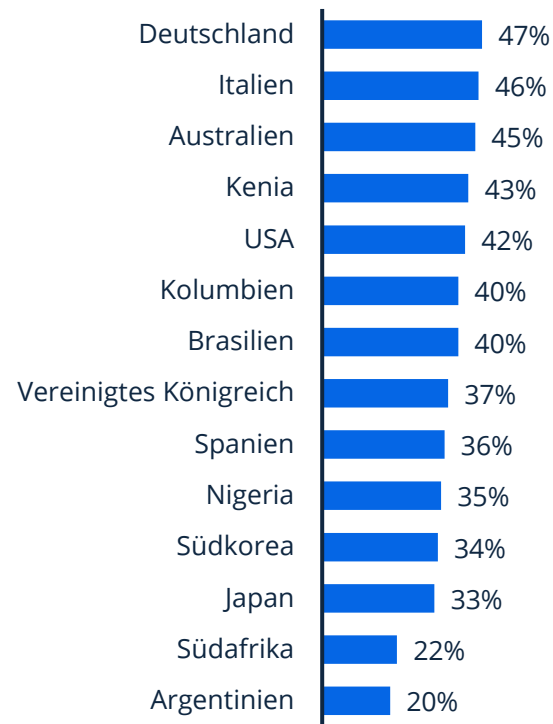
Nur etwa jede:r zweite weltweit vertraut seiner Regierung

Edelman Trust Barometer: Vertrauen in die Regierung in Ländern weltweit 2022

Anteil der Zustimmungenden



Anteil der Zustimmungenden



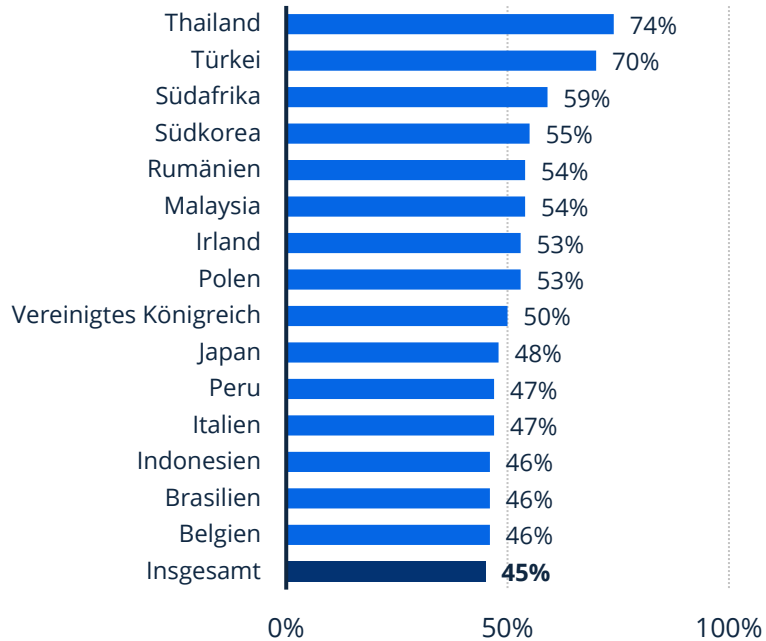
Rund 51 Prozent der Befragten aus 28 Ländern vertrauen laut dem Edelman Trust Barometer 2023 ihrer Regierung – damit ist dieser Wert das zweite Mal in Folge um einen Prozentpunkt gesunken. Zu Beginn der Corona-Krise war das Vertrauen in die Regierung insgesamt noch gestiegen. Am größten ist das Vertrauen gemäß der Umfrage mit 89 Prozent in der Autokratie China, am geringsten in der „Defizitären Demokratie“ Argentinien.

Gemäß Edelman ist fehlendes Vertrauen in die Regierung einer der Faktoren, welche die Polarisierung von Gesellschaften vorantreibt. 53 Prozent der Befragten weltweit stimmten der Aussage zu, dass ihr Land derzeit geteilter sei als in der Vergangenheit. Gesellschaftliche Polarisierung und fehlendes Vertrauen in die Regierung können eine Gefahr für die Demokratie darstellen.

Populismus: Mehrheit wünscht sich eine starke Führung

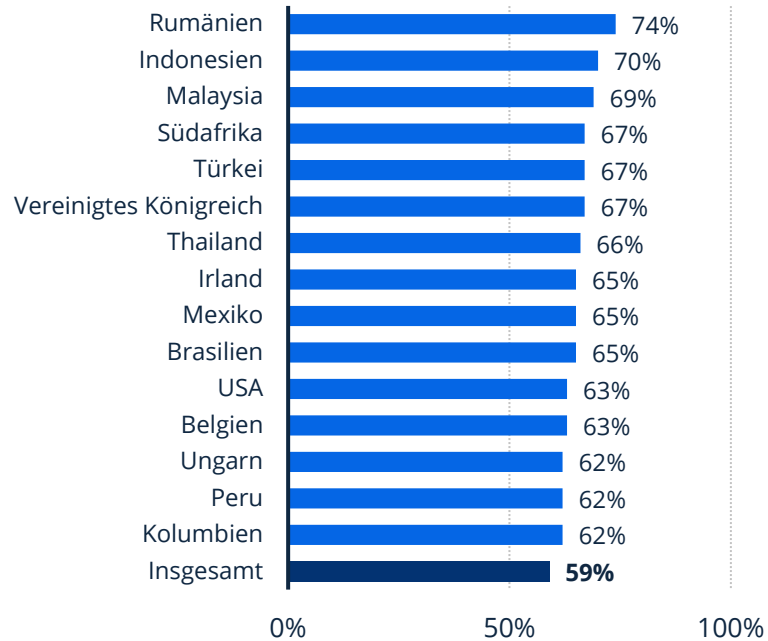
Inwieweit stimmen Sie der Aussage zu: "Unser Land braucht einen starken Anführer, der bereit ist, die Regeln zu brechen"?

Anteil der Befürwortenden



"Unser Land braucht einen starken Anführer, damit es von den Reichen und Mächtigen zurückerobert wird"?

Anteil der Befürwortenden

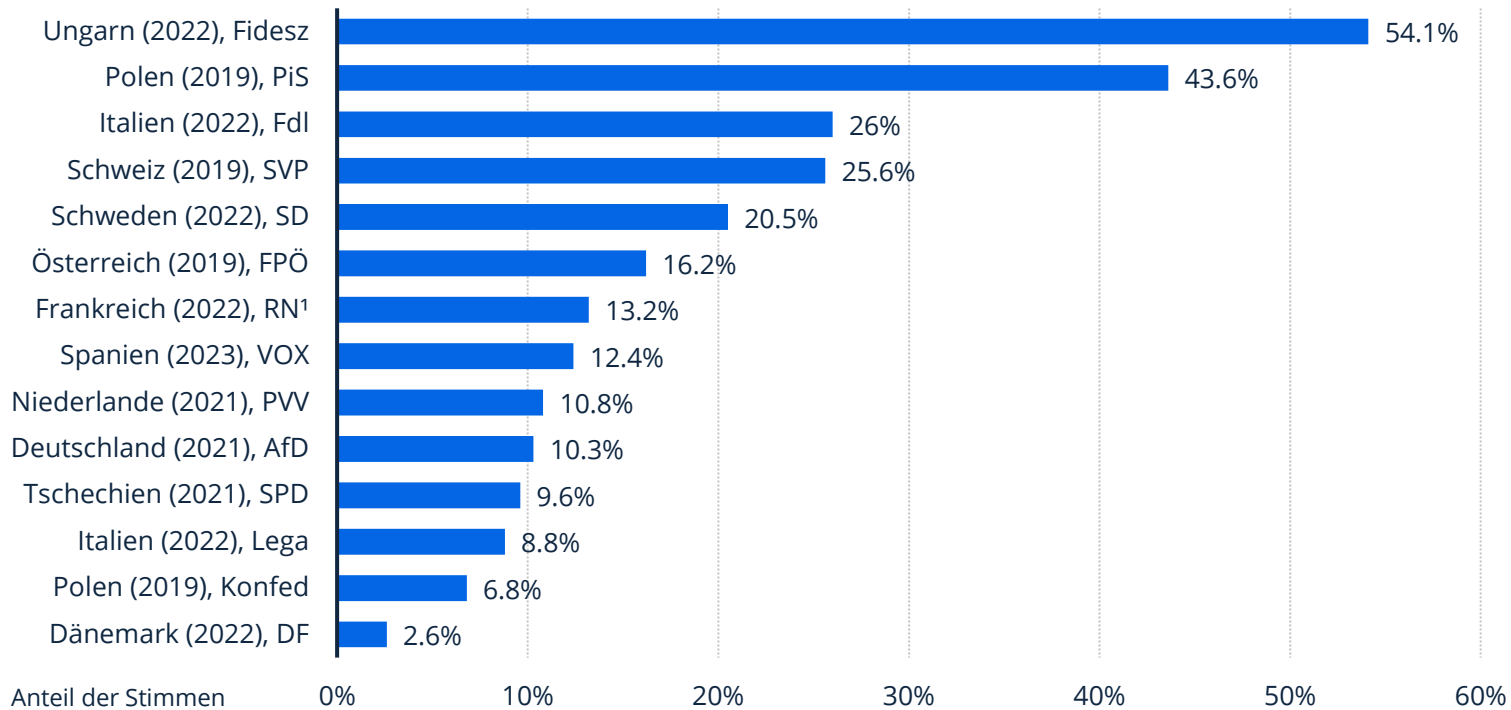


In 25 von 28 Ländern stimmte die Mehrheit der Befragten der Aussage zu, dass ihr Land eine:n starke:n Anführer:in benötige, damit es von den Reichen und Mächtigen zurückerobert wird. Das Bedürfnis nach einem Staatsoberhaupt, das sich den Regeln widersetzt, ist im Schnitt deutlich kleiner, aber liegt dennoch bei 45 Prozent.

Gemäß einer australischen Studie fördert wirtschaftliche Ungleichheit die Sehnsucht nach starken Anführer:innen. Dies verhilft oft populistischen Politiker:innen zum Erfolg, die mit (vermeintlicher) Sicherheit für die eigenen Anhängerschaft werben und gegen die bestehenden Eliten und Systeme wettern.

Rechtsruck in vielen Ländern

Wahlergebnisse rechtspopulistischer Parteien in ausgewählten Ländern Europas bis 2023



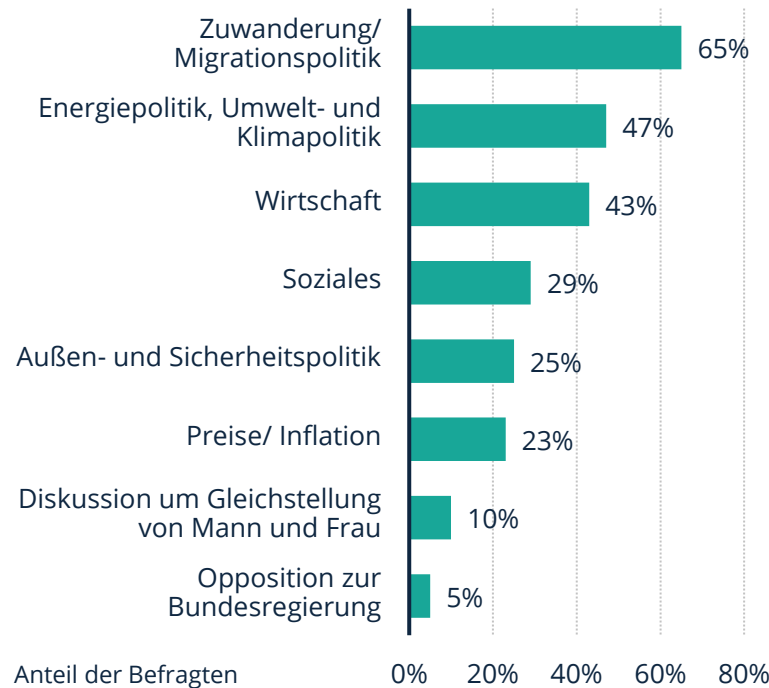
Die Regierungen einiger Länder weltweit sind bei den letzten Wahlen nach rechts gerückt. Ein Beispiel ist Italien: Bei den Parlamentswahlen 2022 erhielt die postfaschistische Fratelli d'Italia (FdI) rund 26 Prozent der Stimmen und stellt nun mit Giorgia Meloni die Ministerpräsidentin. Es gibt jedoch auch Gegenbeispiele: So wurde der damals amtierende rechtspopulistische brasilianische Präsident Jair Bolsonaro 2022 abgewählt.

Eine Analyse des Pew Research Center aus dem Jahr 2022 zeigt, dass in vielen Ländern Europas populistische Parteien – vor allem rechte – bei den letzten Wahlen erstarkten. Als aktuelle Negativbeispiele der De-Demokratisierung sind Ungarn und Polen zu nennen, wo derzeit bürgerliche Freiheiten und politische Rechte eingeschränkt werden und die Demokratie bedrohen.

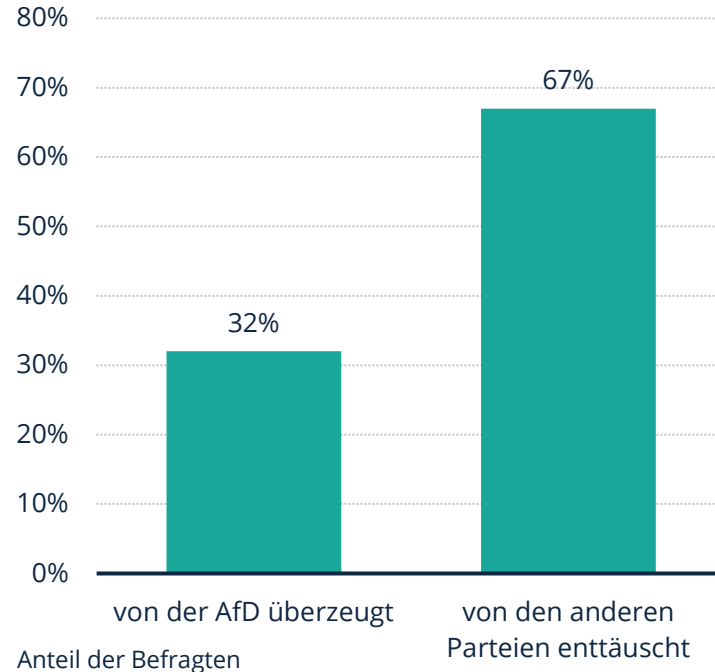
Fokus Deutschland: AfD wird vor allem aus Protest gewählt



Welche Themen sind Ihnen bei der Entscheidung, aktuell die AfD zu wählen, am wichtigsten?



Warum kommt die AfD für Sie aktuell bei Wahlen in Frage: Weil Sie von der AfD überzeugt sind? Oder weil Sie von den anderen Parteien enttäuscht sind?



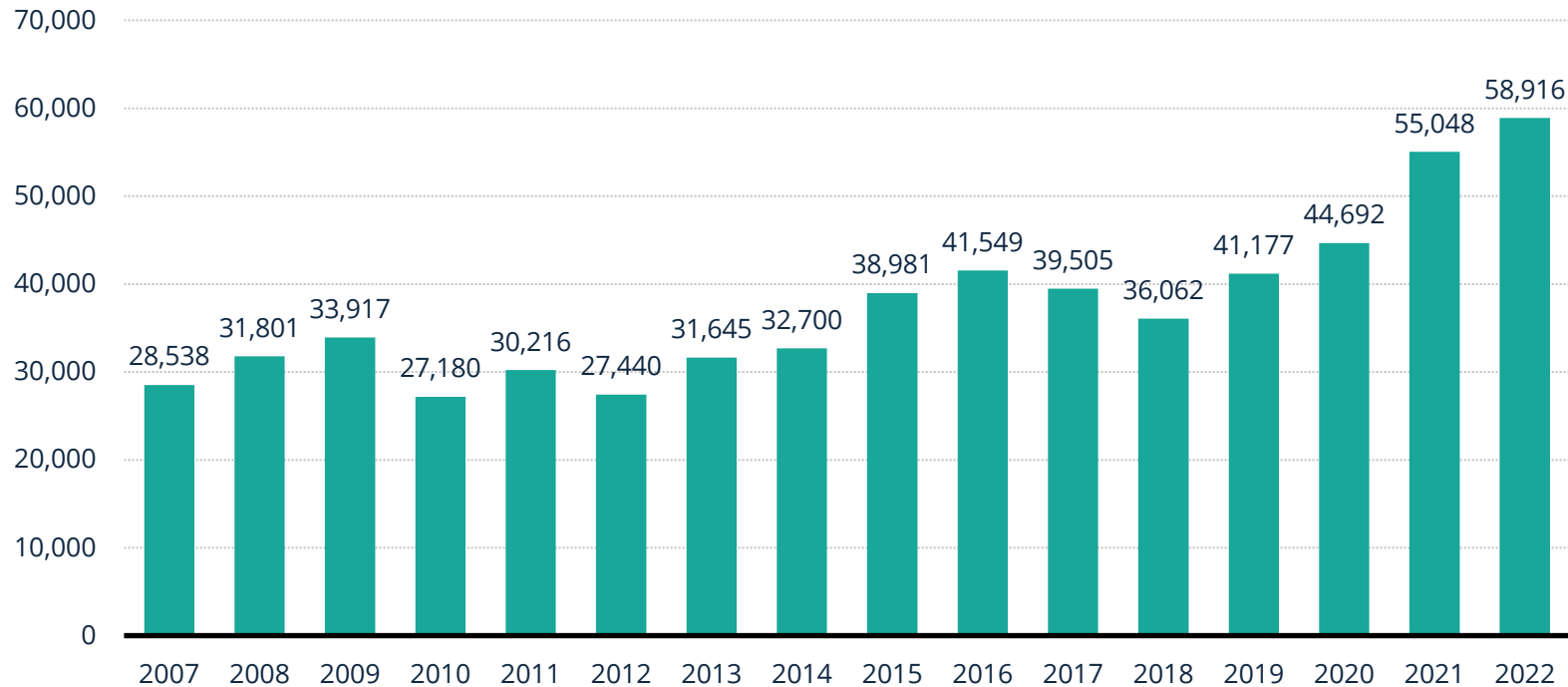
Die AfD befindet sich im Sommer 2023 nach bundesweiten Wahlumfragen in einem Umfragehoch. Gründe für das AfD-Hoch sind unter anderem die Unzufriedenheit mit der Regierung, die hohe Inflation, der Krieg in der Ukraine und dass die Partei soziale Probleme an die Migrationspolitik koppelt. 67 Prozent der AfD-Wähler:innen wählen laut Umfrage die Partei aus Protest und nicht aus Überzeugung. Außerdem helfe der AfD, dass sie zunehmend als normale demokratische Partei wahrgenommen werde, obwohl sie vom Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft wird.

Fokus Deutschland: Politisch motivierte Kriminalität erreicht neuen Höchststand



Politisch motivierte Straftaten in Deutschland bis 2022

Anzahl der Straftaten



Im Jahr 2022 gab es in Deutschland insgesamt rund 58.900 politisch motivierte Straftaten – davon wurden knapp 23.500 der rechten Kriminalität zugeordnet. Gemäß Bundesinnenministerin Nancy Faeser ist Rechtsextremismus die größte extremistische Bedrohung für Deutschland. Laut dem ZDF-Politbarometer bewerteten im Dezember 2022 rund 75 Prozent der Befragten Rechtsextremismus als eine (sehr) große Gefahr für die deutsche Demokratie.

Im Dezember 2022 wurden rund 25 Personen aus dem Spektrum der Reichsbürger und Selbstverwalter verhaftet, darunter auch zwei AfD-Mitglieder. Ihnen wird vorgeworfen, die Beseitigung der Verfassung Deutschland und die Errichtung eines Staates nach dem Vorbild des Deutschen Reichs von 1871 geplant zu haben.

03

Meinungs- und Pressefreiheit

- Gesellschaftliche Freiheit
- Freiheit der Presse
- Soziale Medien



Meinungsfreiheit als Prinzip der Demokratie

„Das wird man ja mal wohl sagen dürfen!“ – Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist ein Grundpfeiler einer liberalen Gesellschaft und ermöglicht politische Debatten in einer Demokratie. Der Austausch von Informationen ermöglicht Meinungsbildung und politische Partizipation. Neben der freien Meinungsäußerung sind Versammlungs- und Pressefreiheit weitere wichtige Faktoren, die eine liberale Gesellschaft auszeichnen und Demokratie ermöglichen. Doch solche Freiheiten dürfen nicht nur „auf dem Papier“ existieren, sondern tief in der Gesellschaft, Politik und Justiz verankert sein und gelebt werden. Unterschiedliche Indikatoren untersuchen daher die Situation der gesellschaftlichen Freiheit in Nationalstaaten und zeigen mögliche Defizite auf.

Das Internet beschleunigte die Kommunikation und vergrößerte das Publikum, dass binnen Sekunden erreicht werden kann. Durch die schnelle Verbreitung von Inhalten und Meinungen können aber auch Fehlmeldungen und Fake News viele Menschen erreichen, die den Glauben an die Medien erschüttern und eine Gefahr für die Demokratie darstellen. Die extreme Polarisierung im Austausch von Meinungen ist eine der größten Herausforderungen in aktuellen öffentlichen Debatten und erschwert den Austausch von Meinungen.

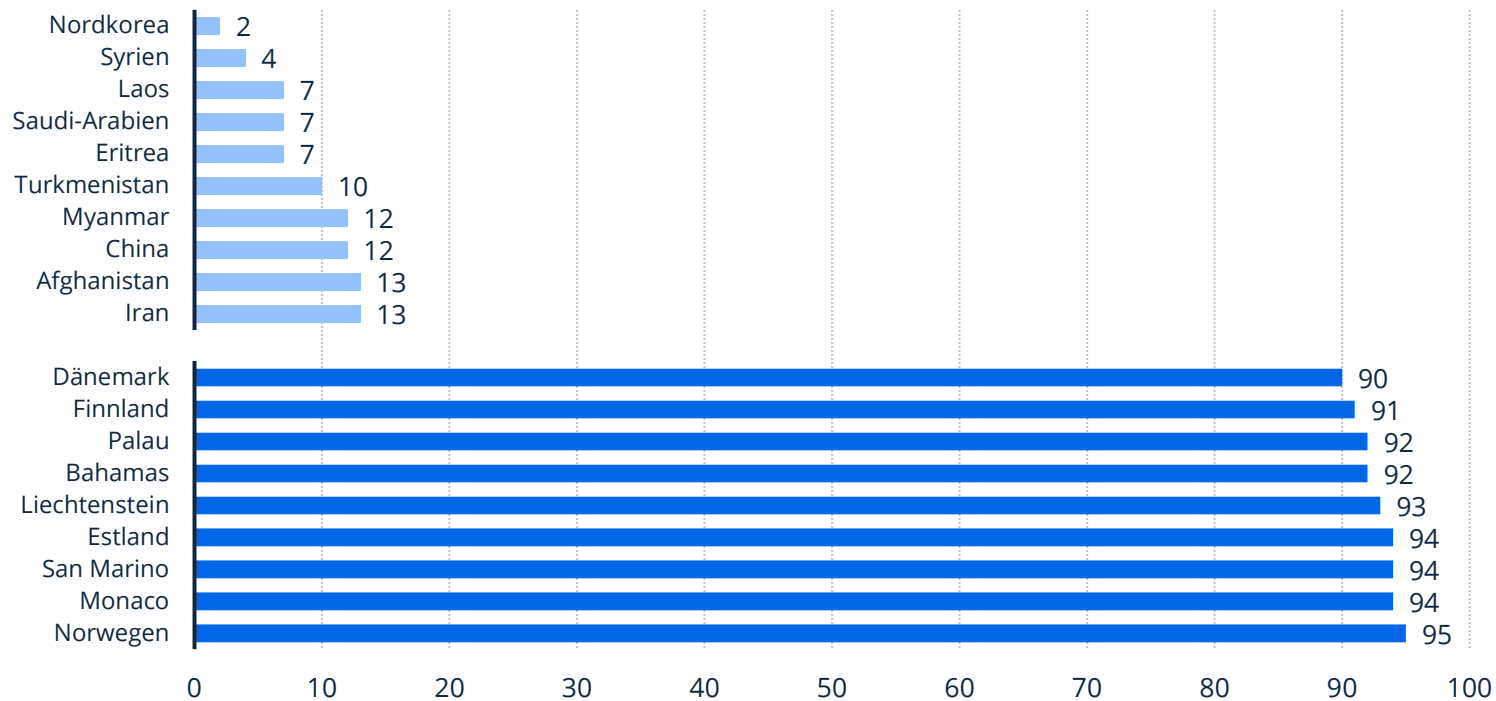
Im folgenden Kapitel wird die globale Lage der Meinungs- und Pressefreiheit beleuchtet. Neben unterschiedlichen Indizes beleuchtet das Kapitel das Vertrauen in die Medien und den Einfluss Sozialer Medien auf die Demokratie.

- **Menschenrecht als Grundlage gesellschaftlicher Freiheit:** Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind Grundrechte, die in jedem Land zählen sollten – doch dies ist keine Selbstverständlichkeit. Jüngst verschlechterte sich die Lage der Menschenrechte im Iran durch die Reaktion auf die Protestbewegung massiv.
- **Chance und Gefahren durch digitale Medien:** Totalitäre Regime sind an einer Kontrolle der Presse interessiert, um kritische Äußerungen an der Führung im Keim zu ersticken. Das Internet als zentrales Kommunikationsmedium zählt dazu. Dabei spielen Soziale Medien eine besondere Rolle in der modernen Kommunikation. Durch gezielte Fehlinformation stellen Soziale Medien auch ein Risiko für demokratische Prozesse dar.
- **Das Vertrauen in die Medien erodiert:** Die Nutzung digitaler Medien verändert die Art und Weise der Informations- und Debattenkultur. Meinungen werden dabei oft in einer Informationsblase gebildet, die zu einer starken Polarisierung in Debatten beitragen kann.

Isoliertes Nordkorea mit geringster gesellschaftlicher Freiheit

Civics-Index: Länder mit der geringsten und höchsten gesellschaftlichen Freiheit weltweit 2022

Indexpunkte (Skala 0-100)



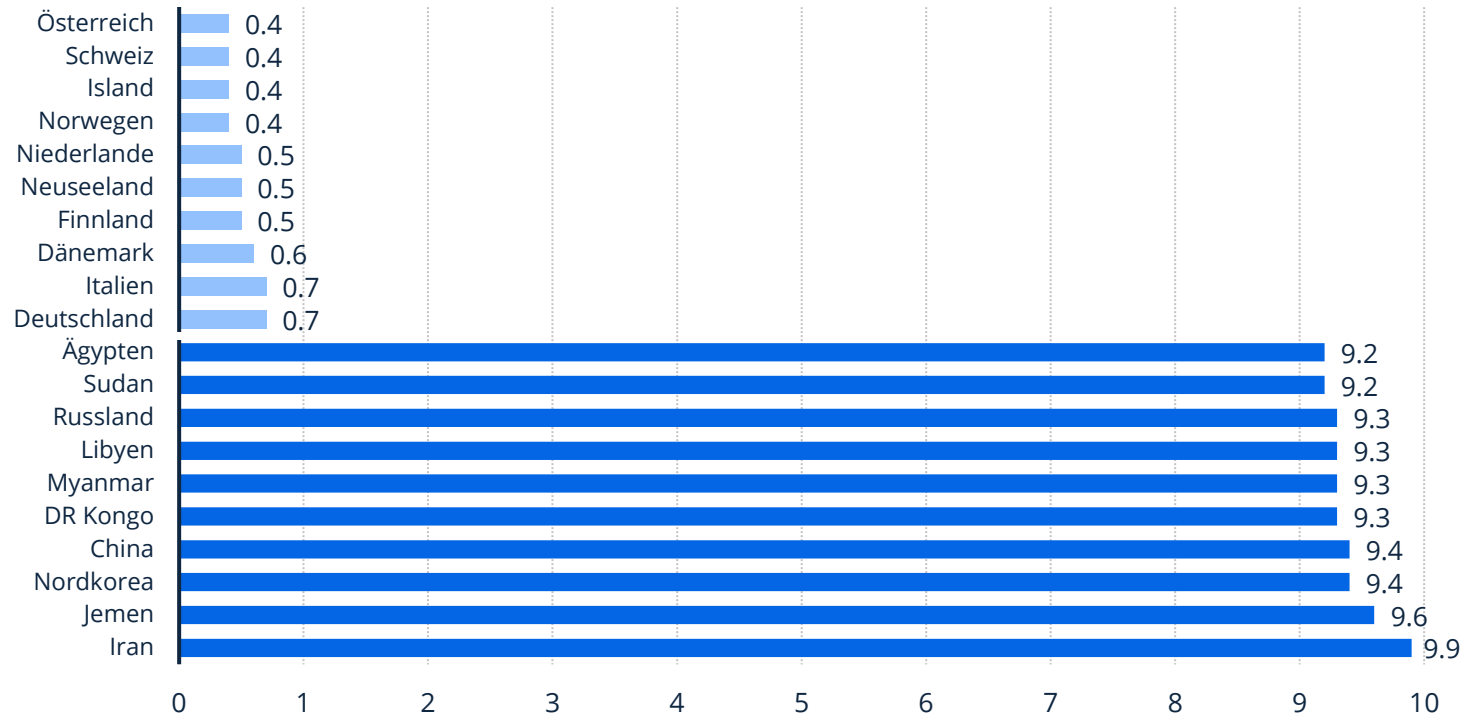
Gesellschaftliche Freiheit garantiert eine individuelle Entfaltung und ist daher ein Grundprinzip der Demokratie. Der Civics-Index versucht nach verschiedenen Parametern den Grad von gesellschaftlicher Freiheit in Nationalstaaten aufzuzeigen. Dabei wird die allgemeine Versammlungs- und Pressefreiheit beleuchtet und wie diese in der Politik, der Gesellschaft und der Justiz toleriert und gelebt werden können.

Der isolierte Staat Nordkorea ist das Schlusslicht im Index der gesellschaftlichen Freiheit. In der Diktatur gibt es weder eine freie Presse noch sind individuelle Versammlungen erlaubt. Auch die Reisefreiheit ist von der politischen Führung massiv eingeschränkt. Norwegen erreichte mit einem Wert von 95 Punkten im Civics-Index hingegen die höchste Platzierung.

Iran ist Schlusslicht bei Beachtung der Menschenrechte

Fragile State Index: Staaten mit geringster und höchster Bewertung der Menschenrechte 2023

Indexwert 0 bis 10 (0 = Höchstwert; 10 = niedrigster Wert)



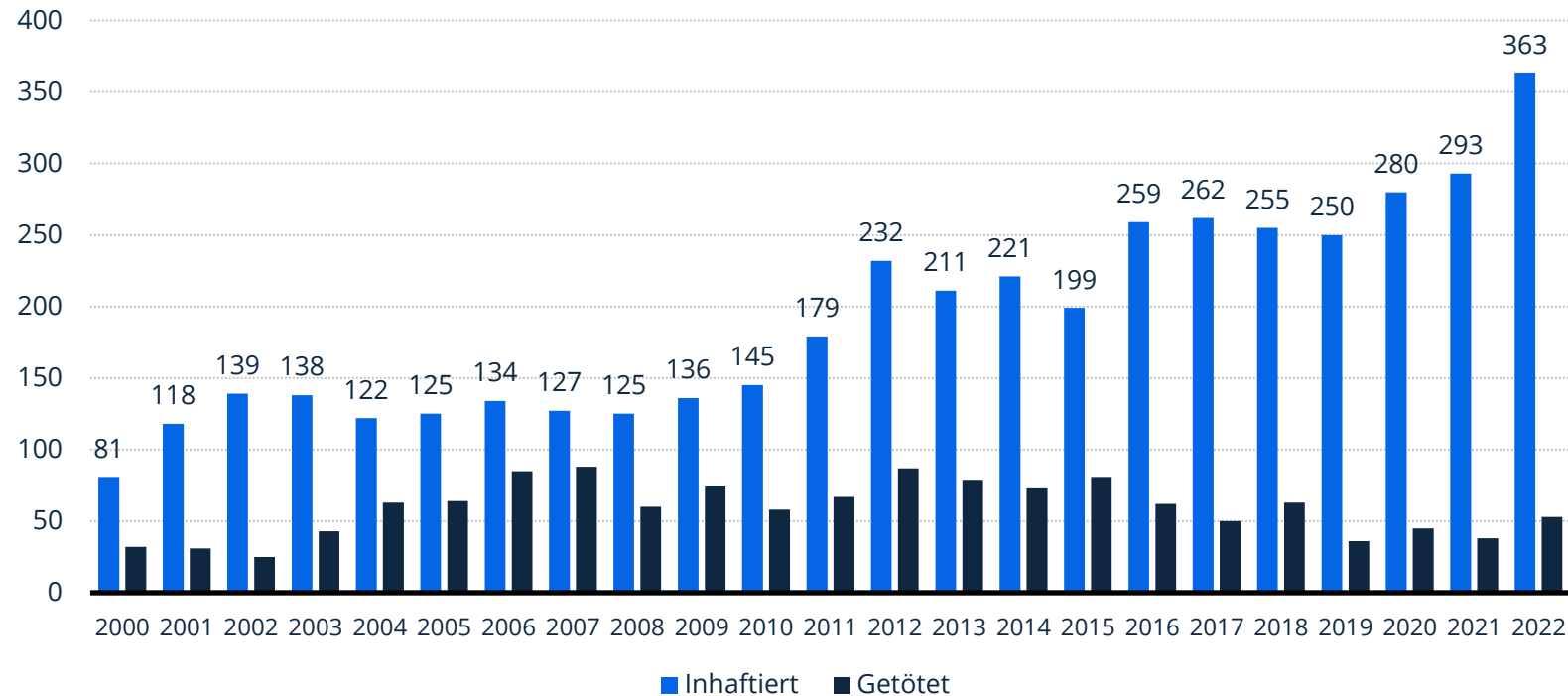
Im September 2022 begann im Iran eine massive Protestbewegung gegen das Regime. Auslöser war der Tod einer kurdischstämmigen Iranerin, die aufgrund ihres falschsitzenden Kopftuchs angehalten und aller Voraussicht durch die gewaltsame Misshandlung in Polizeigewahrsam starb. Daraufhin lehnten sich zahlreiche Iraner:innen öffentlich gegen die Führung auf. Das theokratische Regime reagierte mit brutaler Gewalt und drakonischen Strafen. Die Zahl der Hinrichtungen stieg in den ersten Monaten des Jahres 2023 exorbitant an.

Ein Parameter des Fragile State Index beleuchtet den Zustand der Menschenrechte und des Rechtsstaats. Durch die Reaktion des Regimes auf die nationalen Proteste stieg der Iran zum negativen Schlusslicht im Ranking auf.

Zahl der inhaftierten Journalist:innen steigt stark an

Anzahl der inhaftierten und getöteten Journalist:innen weltweit bis 2022

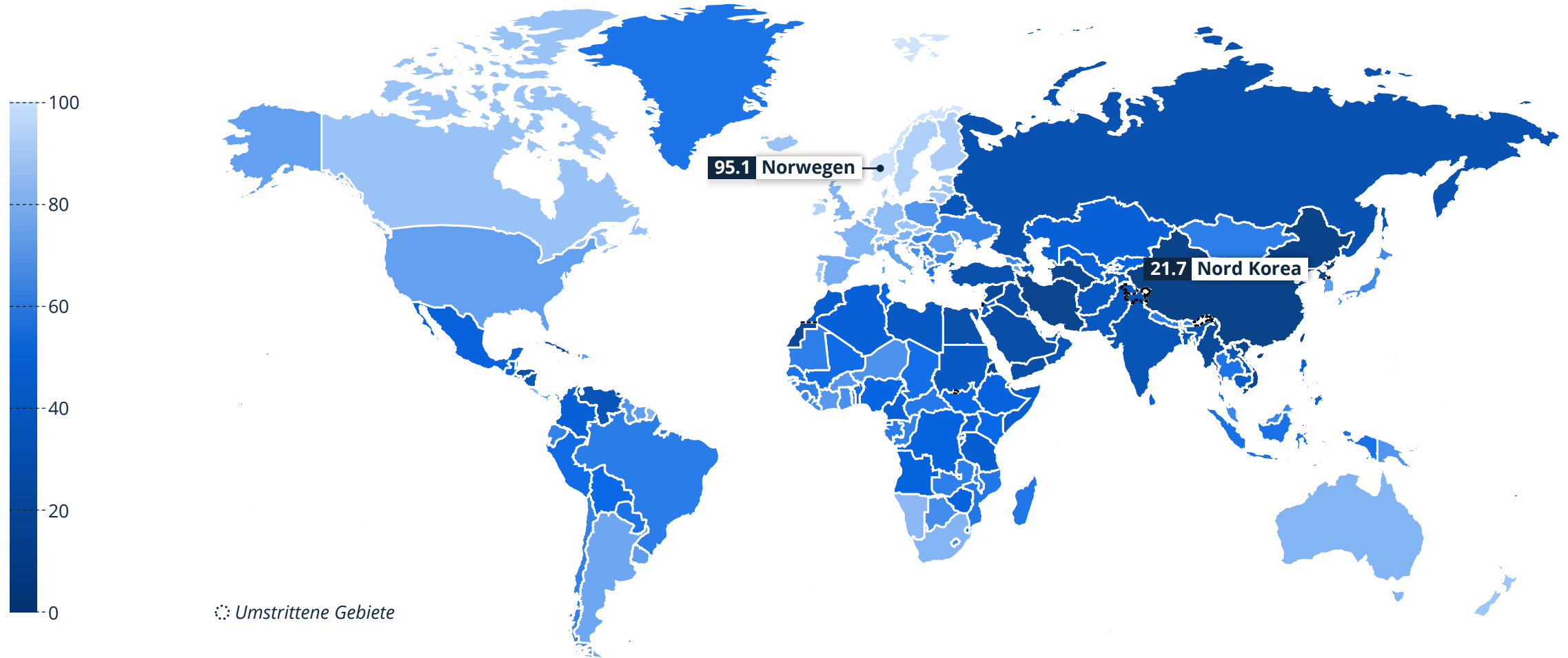
Anzahl der inhaftierten/ getöteten Journalisten



In liberalen Gesellschaften ist die Pressefreiheit ein relevanter Teil im Prozess der Meinungsbildung. Medien werden häufig als vierte Staatsgewalt bezeichnet, die den politischen und gesellschaftlichen Prozess kontrollieren und beeinflussen können. Daher stehen Medienhäuser und Journalist:innen in totalitären Staaten unter massivem Druck und werden in ihrer Arbeit oft radikal beeinflusst. Die Zahl der inhaftierten Journalist:innen stieg im Jahr 2022 stark an – diese Entwicklung ist vor allem auf die drakonischen Strafen des iranischen Regimes zurückzuführen. Nach Angaben von „Reporter ohne Grenzen“ wurden in 2022 zudem 53 Journalist:innen weltweit getötet. Die Organisation veröffentlicht zudem einen jährlichen Index, der die Pressefreiheit in einzelnen Ländern zeigt.

Index der Pressefreiheit mit Entwicklungspotenzial in Asien

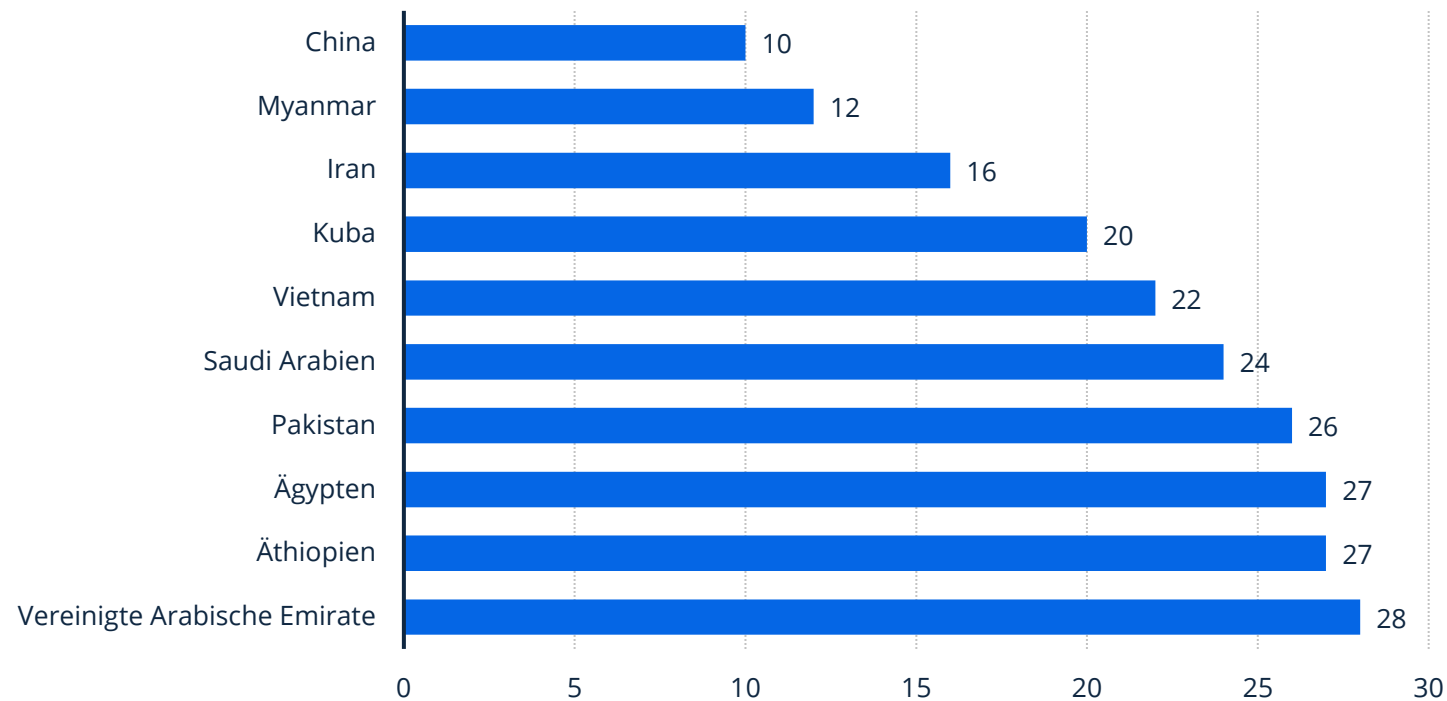
Bewertung der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen 2023



Zensur und Kontrolle des chinesischen Internets

Freedom House Index: Ranking der Länder mit geringster Internetfreiheit 2022

Indexpunkte (0 = völlig unfrei; 100 = völlig frei)



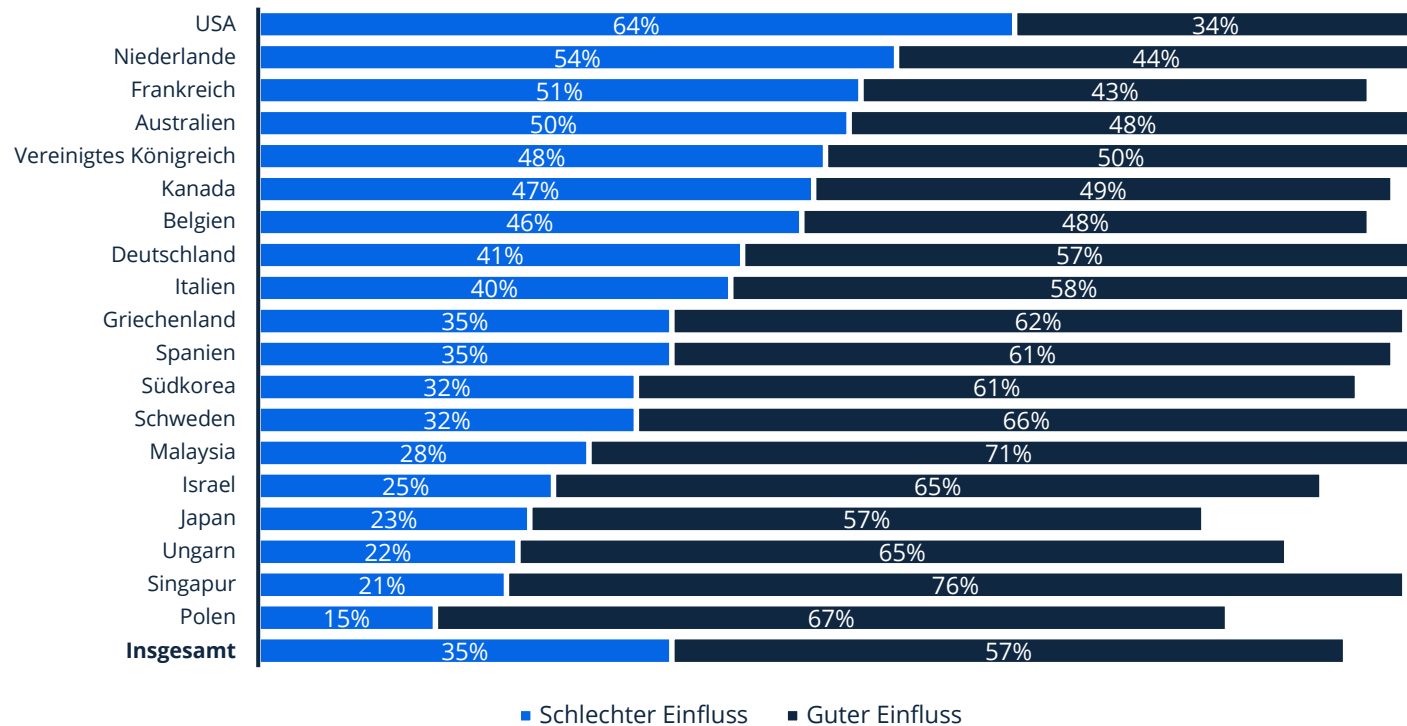
Das Internet ist der Inbegriff der modernen Presse- und Meinungsfreiheit. Innerhalb weniger Sekunden kann eine breite Masse von Menschen erreicht und gegebenenfalls mobilisiert werden. Daher sind autokratische Regime an einer Kontrolle dieses mächtigen Mediums äußerst interessiert.

Nach dem Freedom House Index ist die Internetfreiheit in China am geringsten. Das chinesische Internet erreichte im Jahr 2022 einen Indexwert von 10 Punkten. Die chinesische Regierung zensiert dabei nicht nur Beiträge, die innerhalb Chinas aufgeschaltet werden, auch zahlreiche ausländische Domains sind in China nicht zu erreichen. Das chinesische Internet verfügt über wenige Knotenpunkte mit dem globalen World Wide Web, eine Abschottung der Inhalte wird somit vereinfacht.

Schaden Soziale Medien der Demokratie?

Haben Soziale Medien einen positiven oder negativen Einfluss auf die Demokratie in Ihrem Land?

Anteil der Befragten



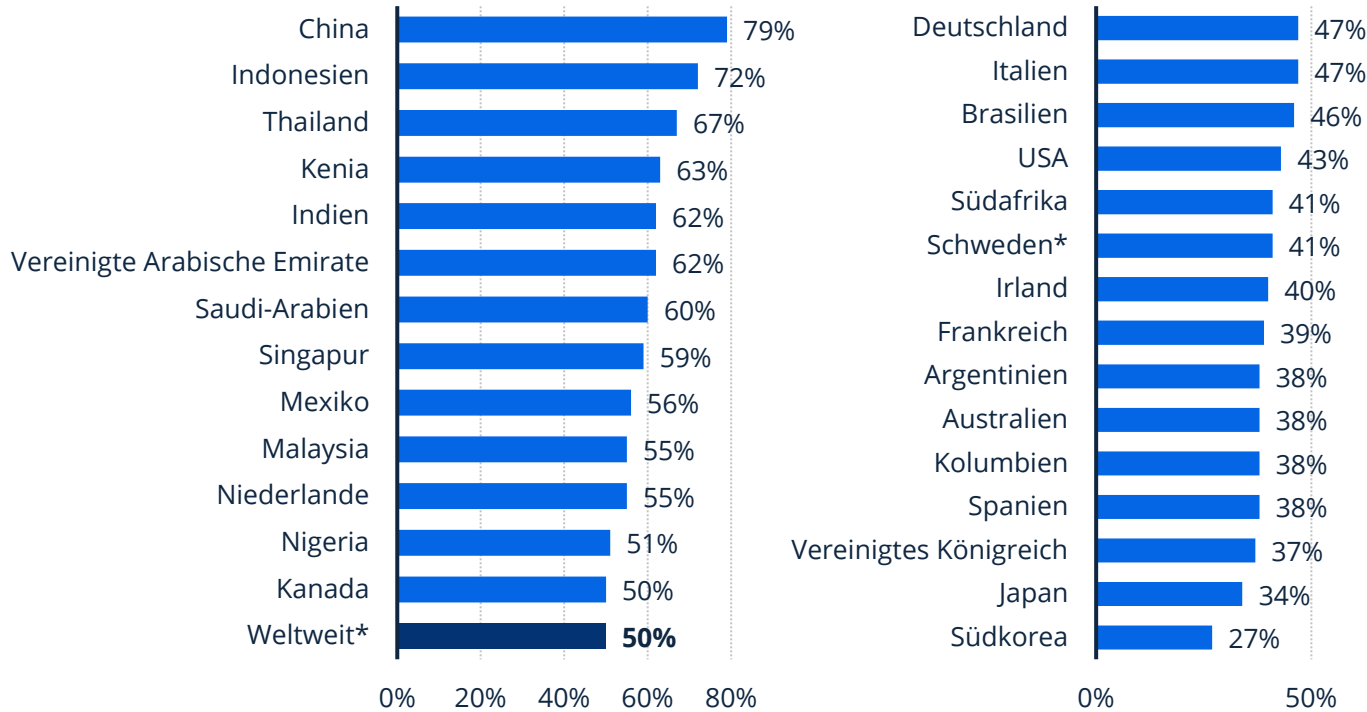
Soziale Medien zählen mittlerweile zu den wichtigsten Kommunikationskanälen. Für den politischen Diskurs sind Soziale Medien Fluch und Segen zugleich. Durch Soziale Medien kann eine breite Masse (mit-)diskutieren, jedoch werden Sachverhalte durch die schnelle Form der Kommunikation oft verkürzt oder falsch dargestellt. Das Aufkommen von Fake News ist das prominenteste Beispiel von (gezielter) Fehlinformation über digitale Medien. Dies führt häufig zu einer starken Polarisierung der öffentlichen Debatte.

In den USA bewerteten rund 64 Prozent den Einfluss Sozialer Medien auf die Demokratie als schlecht. In Singapur sahen hingegen rund 76 Prozent der Befragten den Einfluss Sozialer Medien auf die nationale Demokratie positiv.

Medienvertrauen trotz starker Zensur in China am größten

Edelman Trust Barometer: Vertrauen in die Medien weltweit nach Ländern 2022

Anteil der Befragten (Top-4-Box)



In Zeiten gezielter Fehlinformation und Fake News erodiert das Vertrauen in die Medienlandschaft. Die vermehrte Nutzung von digitalen Medien als primäre Nachrichtenquelle sorgt zudem dazu, dass viele Menschen einseitig mit Informationen versorgt werden – der Algorithmus versetzt Menschen in eine Informationsblase (Bubble).

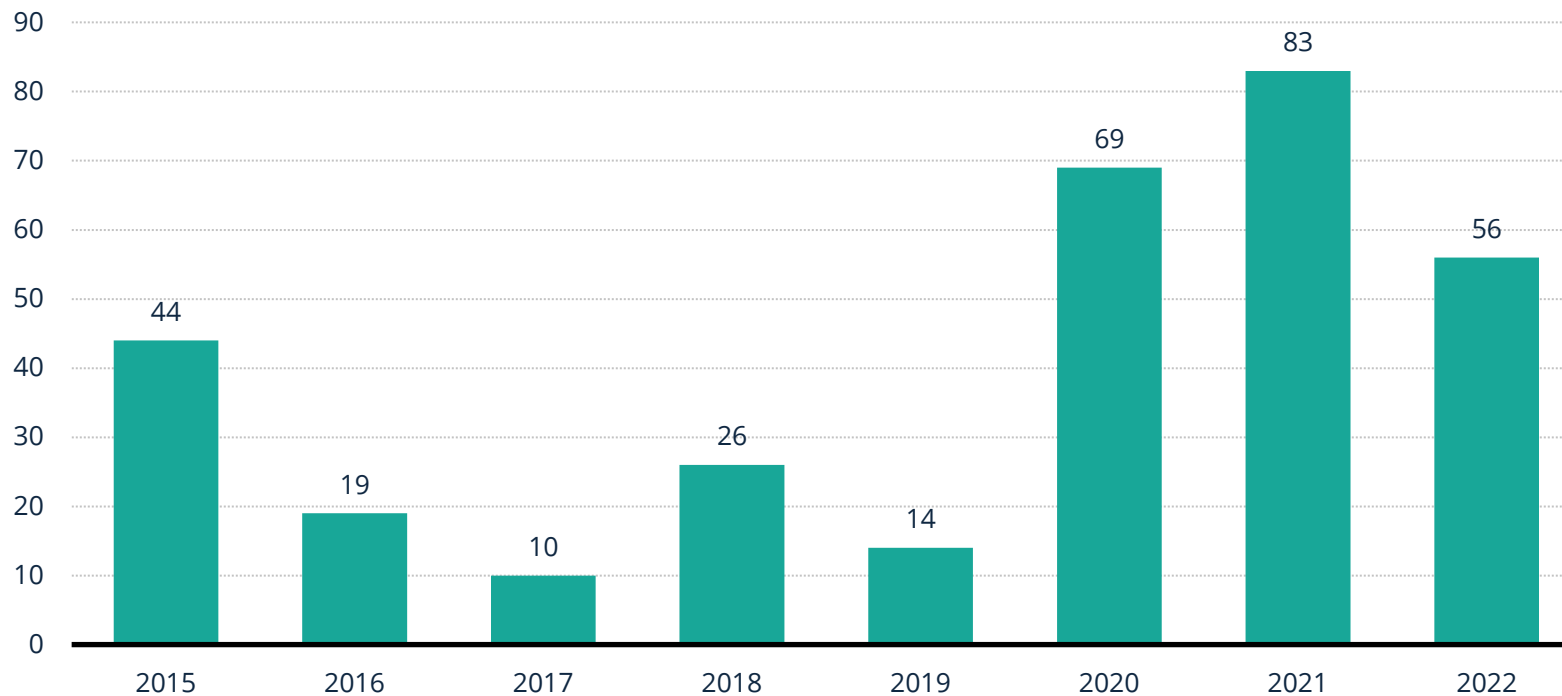
Besonders in liberalen Gesellschaften mit einer freien Presselandschaft scheint das Vertrauen in die Medien verloren gegangen zu sein. Nach dem Edelman Trust Barometer war das Medienvertrauen in China am größten. In Deutschland vertrauten rund 47 Prozent der Befragten den Medien. Eine Abwendung von den Medien aufgrund fehlenden Vertrauens führt zu Unkenntnis und Desinteresse an Politik und Gesellschaft, mit negativen Folgen für die Demokratie.

Fokus Deutschland: Steigende Anzahl tätlicher Angriffe gegen Pressevertreter:innen



Angriffe gegen Pressevertreter in Deutschland bis 2022

Anzahl der Angriffe



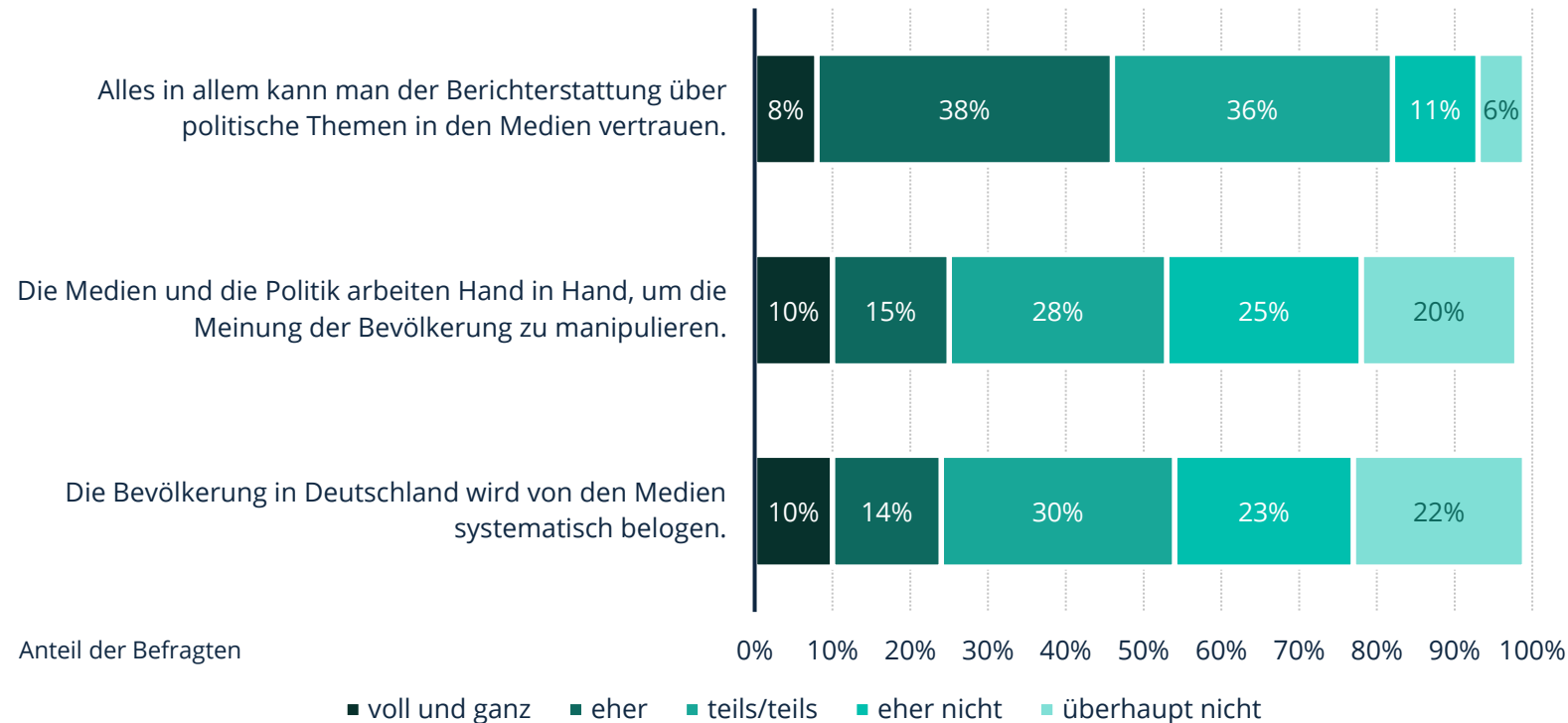
Während den Corona-Jahren stieg die Anzahl der Angriffe auf Pressevertreter:innen und Journalist:innen in Deutschland deutlich an. Nach dem European Centre for Press and Media Freedom gab es im Jahr 2022 über 50 registrierte Angriffe.

Besonders rund um die Berichterstattungen zu den Protesten gegen die Infektionsschutzpolitik häuften sich die Angriffe auf die Presse. Gewalttätige Übergriffe, Einschüchterungen oder andere Formen von Bedrohungen sind ein massiver Einschnitt in die Berufsausübung von Pressevertreter:innen und bedrohen die Pressefreiheit im hohen Maße.

Fokus Deutschland: Schüren Medien den Zweifel an die Demokratie?



Umfrage zu Einstellungen zu Medien, Meinungsfreiheit und Politik 2020



Die öffentliche Äußerung von Kritik gegenüber den Medien ist Bestandteil der freien Meinungsäußerung. Doch darf die Kritik nicht in verschwörungstheoretische Erzählungen abdriften: So wird der Begriff Fake News nicht nur für mediale Falschmeldungen verwendet, sondern dient auch als Mittel der Diffamierung von kritischer Berichterstattung. In Deutschland kursiert der Begriff der Lügenpresse, wenn die Pressearbeit nicht in das eigene Weltbild passt.

Im Rahmen einer Umfrage aus dem Jahr 2020 gaben rund 24 Prozent der Befragten an, dass die deutsche Bevölkerung von den Medien systematisch belogen wird, 25 Prozent sahen eine Zusammenarbeit von Politik und Medien, um die Bevölkerung zu manipulieren. Solche Erzählungen bürden ein hohes Risiko für die liberale Gesellschaft und die Demokratie.

04

Ausblick

- Was führt zu einer Schwächung der Demokratie?
- Wie kann Demokratie gestärkt werden?



Ausblick: Ist die Demokratie ein Auslaufmodell?

Demokratische und liberale Prinzipien sind keine Selbstverständlichkeit und müssen geachtet, gepflegt und gelegentlich erkämpft werden. Schließlich befinden sich Politik und Gesellschaft in einem stetigen Wandel und können eine gute, aber auch eine schlechte Entwicklung einschlagen. Nach den Angaben des V-Dem Instituts, das diesem Report vermehrt als Grundlage dient, befinden sich aktuell 42 Staaten auf den Weg einer **Autokratisierung**, die Zahl der geschlossenen Autokratien steigt stetig an. Lediglich 14 Staaten sind auf dem Pfad der **Demokratisierung**. Besonders unter Angriff standen in den letzten zehn Jahren individuelle Freiheiten, Wahlen und die Gewaltenteilung.

Der Verfall demokratischer und liberaler Prinzipien ist nicht nur ein Phänomen in fragilen Staaten oder Ländern mit kurzer demokratischer Historie – auch in etablierten Demokratien konnten Einschränkungen liberaler Werte beobachtet werden. Der **Indexwert der Liberalen Demokratie** (LDI) des V-Dem Instituts versucht dies zu messen, indem er Indikatoren zu freien Wahlen, sowie liberalen Prinzipien wie Meinungs- und Pressefreiheit oder politische Partizipation analysiert.

Laut dem Demokratiebericht des V-Dem Instituts entwickelte sich die Meinungsfreiheit in 35 Ländern zurück. In einer Vielzahl von anderen Ländern zensurierten Regierungen Medien und unterdrückten Organisationen der

Zivilgesellschaft. Zum Beispiel wurden **Griechenland** in den vergangenen Jahren die mediale Berichterstattung zur Seenotrettung auf dem Mittelmeer massiv eingeschränkt, oder in der **Türkei** der politische Wettbewerb unterdrückt.

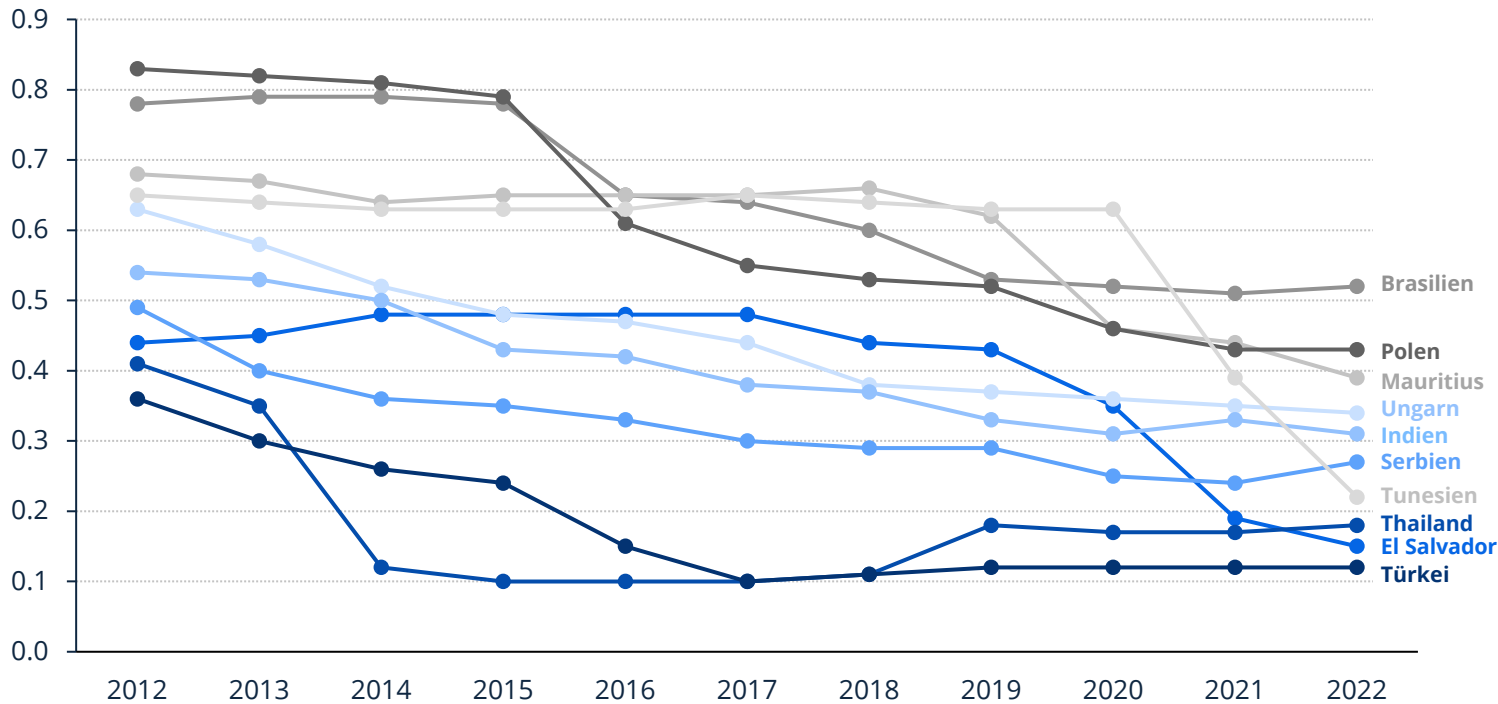
Allerdings gibt es auch positive Beispiele, auch wenn die Zahl der demokratisierenden Länder so niedrig ist, wie seit 50 Jahren nicht mehr. So ist **Gambia** nach der Abwahl des langjährigen Diktators als Staat mit positiver Entwicklung zu nennen und könnte als Beispiel für die Region dienen, wenngleich der Weg zur liberalen Demokratie noch lang ist. In anderen Ländern wurde eine Demokratisierung durch Einschreiten der Justiz zugunsten des Rechtsstaates ermöglicht oder langjährige Regierungschefs durch Zusammenarbeit der politischen Opposition mit der Zivilgesellschaft entmachtet.

Die liberalen Werte von Demokratie müssen sich stetig beweisen, so auch im Jahr 2024. Die **USA** als älteste Demokratie der Welt steht mit der Präsidentschaftswahl vor der nächsten Probe. Dabei ist nicht nur der Ausgang der Wahl entscheidend, sondern auch die Art und Weise, wie der Wahlkampf geführt werden wird. Die politische Entwicklung in Ländern wie den USA hat eine massive Strahlkraft auf den Rest der Welt und zeigt, wie fragil und schützenswert die liberalen Prinzipien einer Demokratie sind.

Militärcoups und Machtmissbrauch führen zu Autokratisierung

Länder weltweit mit der größten Autokratisierung nach dem LDI von 2012 bis 2022

Indexwert der liberalen Demokratie (0 = niedrigster Wert; 1 = Höchstwert)



Von den zehn Ländern, in denen sich der Index Liberaler Demokratie (LDI) zwischen 2012 und 2022 besonders stark verschlechtert hat, sind lediglich **Brasilien, Mauritius** und **Polen** noch Demokratien. In Brasilien und Polen hat sich die Lage in den letzten Jahren stabilisiert.

Tunesien hat sowohl langfristig als auch kurzfristig negative Entwicklungen hinter sich. Im Jahr 2021 löste Präsident Kais Saied das Parlament auf, um seine eigene Macht zu stärken.

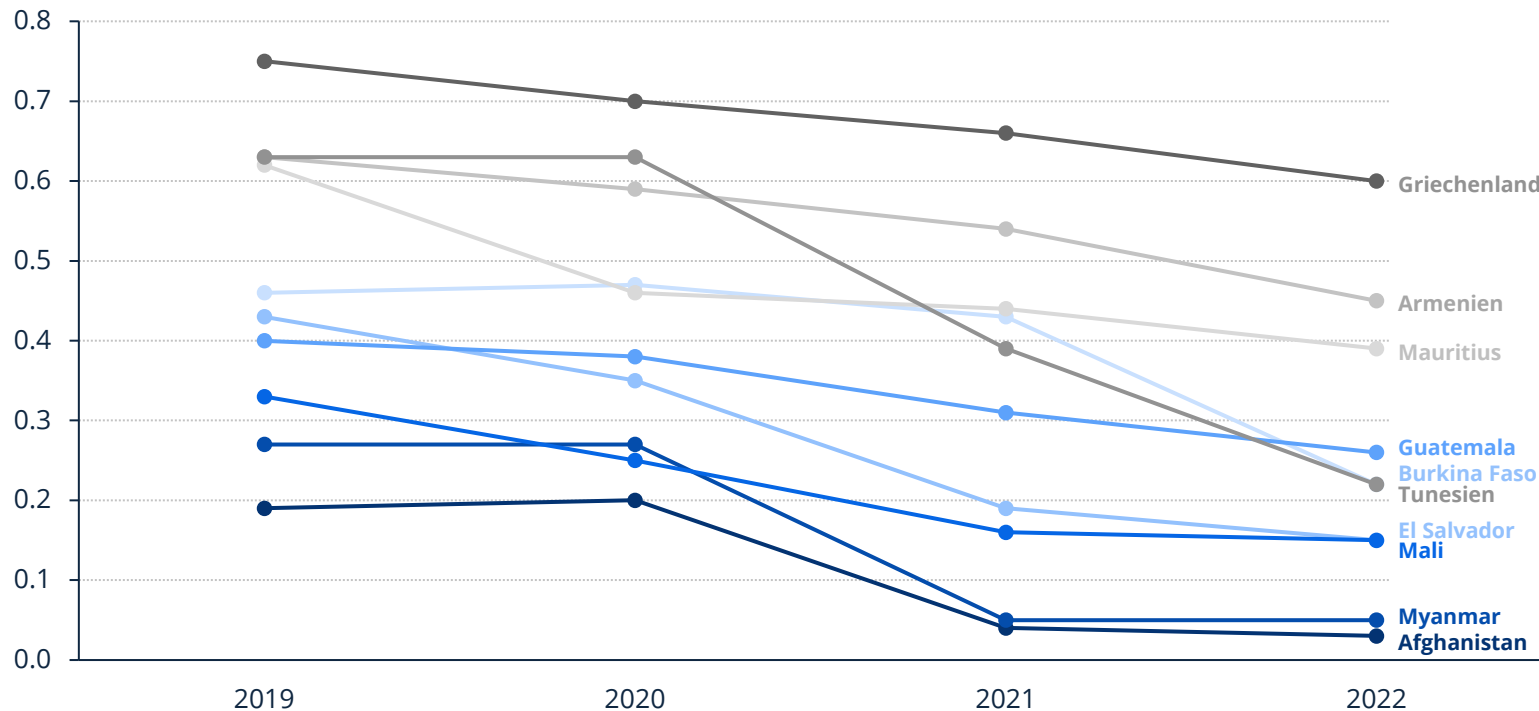
In der **Türkei** hat sich die Entwicklung stabilisiert, nachdem das Land durch Unterdrückung von freier Meinungsäußerung und politischem Wettbewerb autokratisch wurde.

In **Thailand** dagegen gab es nach dem Militärputsch 2014 einen besonders starken Rückgang im Indexwert, der sich danach kaum erholen konnte.

In den letzten Jahren gab es zahlreiche Angriffe auf freie Medien

Länder weltweit mit der größten Autokratisierung nach dem LDI von 2019 bis 2022

Indexwert der liberalen Demokratie (0 = niedrigster Wert; 1 = Höchstwert)



Afghanistan und **Myanmar** haben sich besonders in den letzten drei Jahren durch die Machtübernahme der Taliban und einen Militärcoup autokratisiert.

In **Armenien** dagegen wurde besonders Pressefreiheit unter Premierminister Pashinyan eingeschränkt, zahlreiche Journalist:innen wurden nach Beginn des Krieges mit Aserbaidschan verfolgt.

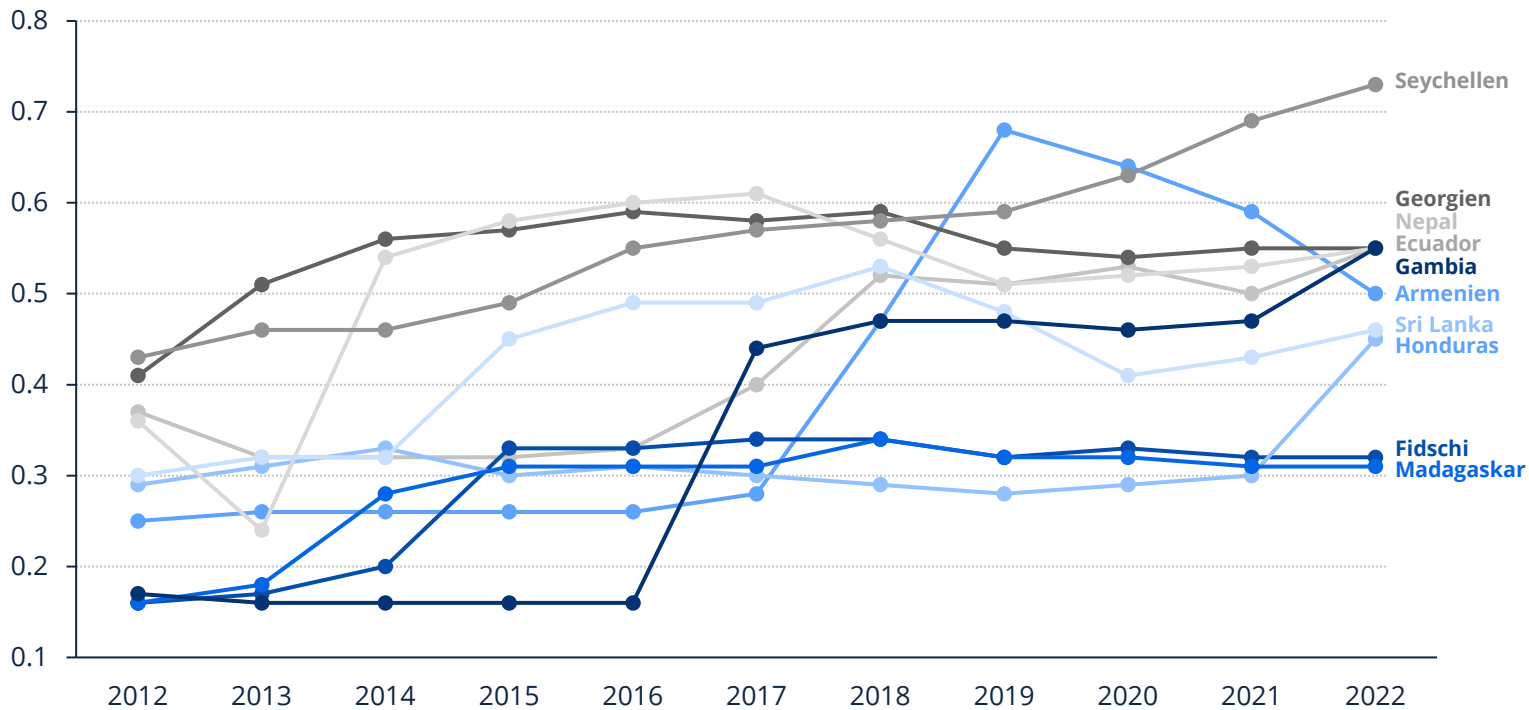
Auch in **Griechenland** geriet die Pressefreiheit unter Druck. Besonders im Zuge der Migrationsbewegungen über das Mittelmeer wurde die Berichterstattung durch den Staat eingeschränkt.

In **Guatemala** führte die Behinderung von Anti-Korruptionsmaßnahmen und Angriffen auf die Justiz zu einer Herabstufung auf eine Wahl-Autokratie.

Diese 10 Länder haben sich seit 2012 am stärksten demokratisiert

Länder weltweit mit der größten Demokratisierung nach dem LDI von 2012 bis 2022

Indexwert der liberalen Demokratie (0 = niedrigster Wert; 1 = Höchstwert)



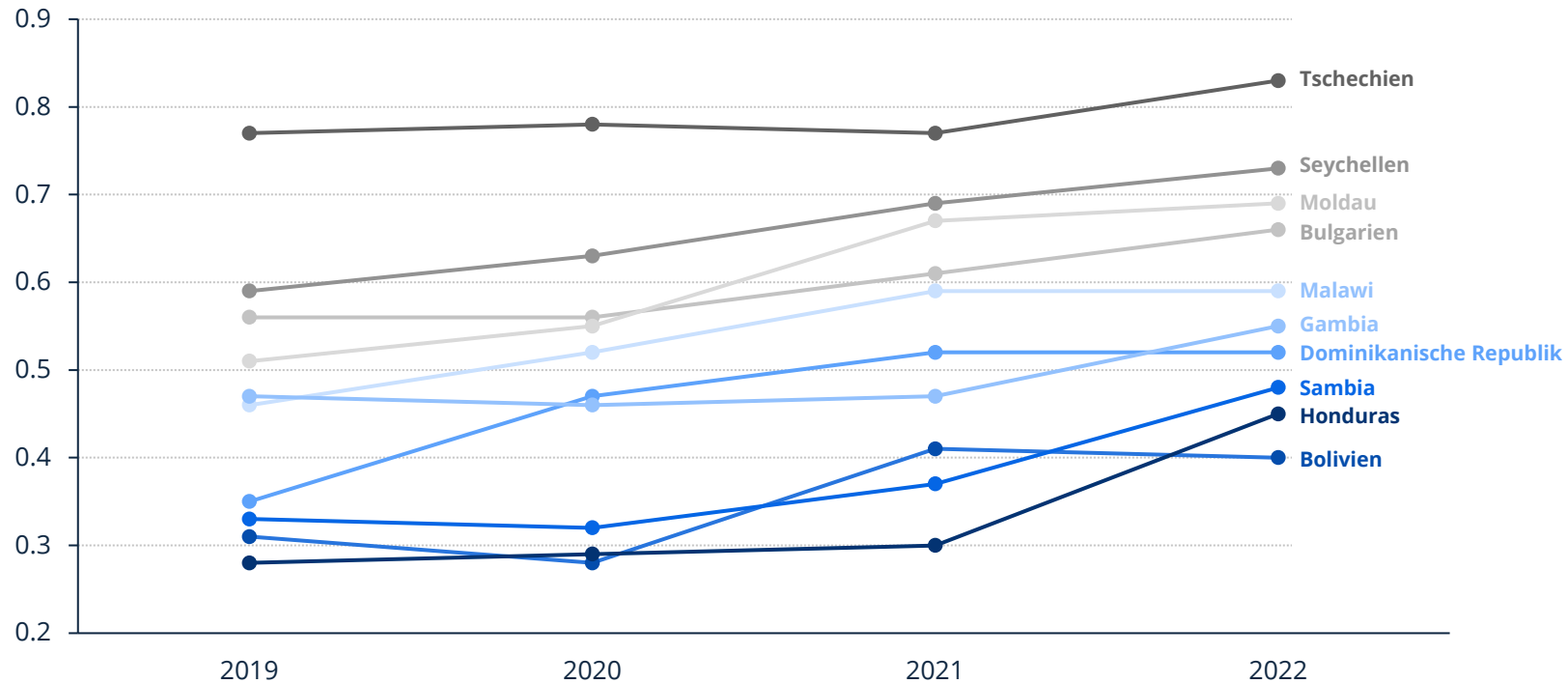
Der LDI zeigt jedoch auch positive Beispiele von Ländern, die sich in den vergangenen Jahren positiv demokratisiert haben. Unter den Ländern mit einer positiven Demokratisierung waren noch im Jahr 2012 acht Staaten Autokratien. Bis zum Jahr 2022 waren unter diesen Ländern acht Demokratien zu finden, lediglich **Fidschi** und **Madagaskar** werden noch als Autokratie gewertet.

Die positivste Entwicklung gab es im westafrikanischen Staat **Gambia**: Ende 2016 verlor der Diktator Yahay Jammeh überraschend die Präsidentschaftswahl, daraufhin stieg der Demokratieindex um 0,28 Punkte. Auch **Armenien** machte durch die „Samtene Revolution“ von 2017 bis 2019 einen großen Schritt der Demokratisierung, jedoch konnte diese Entwicklung bis 2022 nicht konserviert werden.

Länder mit der positivsten Entwicklung der letzten drei Jahren

Länder weltweit mit der größten Demokratisierung nach dem LDI von 2019 bis 2022

Indexwert der liberalen Demokratie (0 = niedrigster Wert; 1 = Höchstwert)



Bei Betrachtung des Zeitraums von 2019 bis 2022 ist die **Republik Moldau** als bestes Beispiel der Demokratisierung zu nennen. Mit den Präsidentschaftswahlen 2020 und den Parlamentswahlen 2021 ging der osteuropäische Staat nach Einschätzung des V-Dem Institute einen großen Schritt der Demokratisierung. Mit **Tschechien** und **Bulgarien** sind zwei weitere europäische Staaten bei den positiven Entwicklungen zu nennen.

Unter den 10 Staaten mit der positivsten Demokratieentwicklung in den vergangenen drei Jahren konnten mit **Bolivien**, **Honduras**, **Malawi** und **Sambia** vier Staaten neu als Demokratie eingestuft werden. In **Honduras** etablierten sich in den vergangenen drei Jahren gesellschaftliche Freiheiten, zudem trug eine Wahlreform aus dem Jahr 2021 zur positiven Entwicklung bei.







Mehr zum Thema

Weitere Reports zu diesem und zu verwandten Themen



Besuchen Sie unseren Report Shop mit mehr als 20.000 Reporten



-  Digital & Trends
-  Industrien & Märkte
-  Unternehmen & Produkte
-  Konsumenten & Marken
-  Politik und Gesellschaft
-  Länder und Regionen

Quellen

Alliance of Democracies

ARD-DeutschlandTREND

Bertelsmann Stiftung

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI)

Bundeszentrale für politische Bildung

CIVICUS

Committee to Protect Journalists (CPJ)

Economist Intelligence Unit

European Centre for Press and Media Freedom (ECPMF)

Edelman

FFP - The Fund for Peace

Freedom House

HUMAN Surveys

Ipsos

Latana

Neue Züricher Zeitung

Pew Research Center

Reporter ohne Grenzen

Statista

Stiftung Neue Verantwortung

The Bennett Institute for Public Policy, Universität Cambridge

The Centre for the Future of Democracy

United Nations Development Programme (UNDP)

V-Dem Institute

Visual Capitalist (Jeff Desjardins)

Autorinnen und Autoren



René Muschter

Research Expert – Society

rene.muschter@statista.com

René Muschter ist Statista-Experte für internationale Länderdaten. Er studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Ostasienstudien in Göttingen und Duisburg.



Philipp Henrich

Research Expert – Society

philipp.henrich@statista.com

Philipp Henrich ist Statista-Experte im Bereich Politik. Er studierte Politikwissenschaft, Medien- und Kommunikationswissenschaften in Marburg und Hamburg.



Sarah Keller

Research Expert – Society

sarah.keller@statista.com

Sarah Keller ist Statista-Expertin im Bereich Regionale Daten und Geschichte. Sie studierte Geschichte und Medienwissenschaften in Basel und Hamburg.